

Parlament

Worb, 24. Juni 2025

433. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 23. Juni 2025, 19:30 Uhr
Sitzungsende	22:24 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Zingg Stephan (SVP), Präsident
1. Vizepräsident	Marchand Andy (FDP) (ab 19.52 Uhr; Geschäft Nr. 3)
2. Vizepräsidentin	Moser-Utiger Silvia (EVP)
1. Stimmzähler	Bützberger Ernst (Mitte)
2. Stimmzählerin	Günther Charlotte (SP)
Mitglieder	Ataç Şengül (Grüne) Burkhard Urs (Grüne) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Kühni Reto (Grüne) Mosimann Heidi (Grüne) Graf Gregory (FDP) Hager Rolf (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Schmidhalter Norbert (FDP) Stucki Daniel (FDP) Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Hofmann Danilo (Mitte) Jorio Marco (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Spahr Daniela (GLP) Stähli Naemi (Mitte) Wyss Eduard (Mitte) Zürcher Deborah (parteilos) Bigler Markus (SVP) Holländer Michael (SVP) Juliano Philipp (SVP) Meister Stefan (SVP) Moser Stefan (SVP) Reber Markus (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Wenger-Steiger Sybille (SVP) Federer Guido (SP) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Maurer Rolf (SP) Wirth Alfred (SP)

	Wyss Ursula (SP)
Abwesend	Günther Paula (Grüne) Thomet Katharina (SVP)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Fivian Bruno Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka Moser Christoph Waber Karin
Abteilungsleitende	Bergius Elke, Leiterin Bauabteilung Geser Nicole, Leiterin Abteilung öffentliche Sicherheit (bis 22.18 Uhr; Geschäft Nr. 9) Leiser Stephan, Leiter Sozialdienste (bis 21.00 Uhr; Geschäft Nr. 5) Reusser Christian, Gemeindeschreiber Weil Jonas, Leiter Finanzabteilung (bis 21.00 Uhr; Geschäft Nr. 5)
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 17. März 2025: Genehmigung
3. 12/10/7 Verwaltungsberichte
Verwaltungsbericht 2024: Genehmigung
4. 21/20 Gemeinderechnungen
Jahresrechnung 2024: Genehmigung
5. 31/40 Öffentlicher Verkehr, Fahrpläne
Ortsbuskonzept Worb; Pilotbetrieb: Ablehnung
6. 37/1 Energie
Mybuxi; Pilotbetrieb Region Worb-Konolfingen-Grosshöchstetten: Kreditbewilligung
7. 54/30/0 Zivilschutz, Organisation
Zusammenarbeit mit der Zivilschutzorganisation Aaretal; Dienstleistungseinkauf bei der
Einwohnergemeinde Münsingen: Kreditbewilligung
8. 10/10/11 Sportzentrum Worb AG
"Sportzentrum Worb AG: Wie weiter?", Interpellation der Mitte/GLP-Fraktion: Stellung-
nahme
9. 31/23/2 Fuss- und Radwegrichtplan
"Sichere Velowegverbindung zwischen Migros- und Rubigenkreisel", dringliches Postulat
der Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
10. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 433	23.06.2025	1	2025/28-22	38856	12/0/0

Ratspräsident Zingg Stephan: Ich habe eine Mitteilung zum Ratsausflug. Die Einladung mit dem Programm und dem Anmeldetalon wird an der nächsten Sitzung folgen.

Waber Karin, Departementsvorsteherin Soziales: Ich erlaube mir heute, die Mitteilung in Berndeutsch zu machen. Liebe Fraktion SVP, meine Politfamilie, lieber Hansueli, lieber Bruno, ihr seid während den letzten Jahren mein Sparringpartner gewesen. Ihr seid mein Kompass und ihr seid mein Leuchtturm und auch mein Hafen gewesen. Mit den anderen Fraktionen konnte ich sehr gut zusammenarbeiten. Ihr habt immer ein offenes Ohr gehabt und ich bin sehr froh, dass ich beim einen oder anderen anklopfen konnte, wenn ich Rat gebraucht habe. Ihr seid immer für mich da gewesen und das schätze ich wirklich sehr. Stephan Leiser, Abteilungsleiter Soziale Dienste, mit dir ist die Zusammenarbeit perfekt gewesen, einfach perfekt und ich weiss, von was ich rede, wenn ich über die Zusammenarbeit rede, ich habe mit vielen Leuten zusammengearbeitet, in vielen Gremien und mit dir hat es einfach geklappt. Stephan, du und dein Team habt in der vergangenen Zeit unsere sozialen Dienste wortwörtlich zu einem Sozialdienst gemacht. Welcher ein hohes Ansehen hat im Kanton Bern und da bin ich mega stolz. Ihr habt viel gearbeitet, man sieht es im Verwaltungsbericht und es gibt sicher in den nächsten Jahren noch viel mehr für euch zu tun. Die Sozialbehörde ist eine Kommission, bei der es sehr viel zu arbeiten gibt. Sie haben sehr viele Aufgaben und wenn ich noch mit meinen Ideen gekommen bin, dann hat man richtig gearbeitet. Stephan, jetzt ist die Stabsübergabe, die Schlüsselübergabe. Du hast das Amt als Gemeinderat angenommen und das macht mich sehr froh. Du hast das Rüstzeug beieinander, du hast den Rucksack, du kennst die Verwaltung und kennst das Amt eines Gemeinderates und ich wünsche dir ganz viel Erfolg, gewinnende Momente und viel Freude. Denn ich bin sicher, wenn man mit Freude etwas macht, dann kommt es gut. Und jetzt möchte ich mich bei euch verabschieden. Es war mir eine grosse Ehre, mit euch zu arbeiten und wünsche euch alles Gute. Tragt Sorge zu euch und vor allem tragt Sorge zu Worb, wie ihr es bis jetzt gemacht habt.

Meister Stefan, SVP: Liebe Karin, mit grossem Bedauern und irgendwo noch fast ein wenig in einer Schockstarre haben wir deinen Entscheid zur Kenntnis genommen. Wir können deine oder eure Beweggründe selbstverständlich sehr gut nachvollziehen. Es ist nicht ganz einfach, für mich irgendwo die passenden Worte zu finden, denn deine Leistungen, die du die letzten Jahre erbracht hast, sind aus meiner Sicht fast nicht in Worte zu fassen. Ich probiere es dann gleich kurz ein wenig. Du hast dich immer damit ausgezeichnet, dich eigentlich bei allen Themen immer zu 100 Prozent mit deinem Ehrgeiz, deiner Zielstrebigkeit und in vielen Themen auch mit deinem ganzen Herzen einzubringen. Das hat dich für uns zu so einem wichtigen Mitglied gemacht in unserer Partei und wir sind immer stolz gewesen, dich in unseren Reihen zu haben. Ganz zu schweigen von dem, was du sonst noch gemacht hast. Neben der Politik, neben der Familie, neben dem Beruf, da gibt es manche Vereine oder manche Organisationen, die von deiner freiwilligen Arbeit profitieren durften. Wir haben unzählige Erfolge mit dir oder gerade wegen dir erzielen können, weil du immer zu 100 Prozent für die SVP Worb und für die Worberpolitik eingestanden bist. Einen der grössten Erfolge hast du dir selbst erarbeitet, nämlich mit dem, dass du dich in deinem aktuellen Amt nicht mit einem guten Resultat hast bestätigen lassen, sondern mit dem besten. Auch das widerspiegelt wieder, was du die letzten Jahre für einen extrem tollen Job gemacht hast und wir doch sehr traurig sind, dass wir dich gehen lassen müssen.

Lanfranconi Elena, FDP: Liebe Gregory, heute findet deine letzte Sitzung als Worber-Parlamentarier statt. Dass wir dich heute aus dem Parlament verabschieden müssen, finde ich sehr schade. Dein Engagement, deine Inputs und deine Beiträge sind für unsere Fraktion immer sehr wertvoll gewesen und ich habe die Zusammenarbeit und vor allem auch die spannenden Diskussionen mit dir immer sehr geschätzt. Liebe Gregory, im Namen unserer Fraktion möchte ich mich herzlich für die gemeinsame Zeit bedanken und wir wünschen dir von ganzem Herzen alles Gute für deine Zukunft. Und weil du auch beruflich sehr eingespannt bist und zusätzlich auch noch eine Weiterbildung machst, haben wir gedacht, eine kleine Stärkung. Für die langen Arbeitstage sind da das Richtige, wenn es mal länger geht, um ein bisschen Energie zu bekommen.

Protokoll der Sitzung vom 17. März 2025: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 433	23.06.2025	2	2025/28-23	38856	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Verwaltungsbericht 2024: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 433	23.06.2025	3	2025/28-24	361	12/10/7

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Hodler Adrian, ASK: An der Sitzung vom 16. Juni 2025 hat die Aufsichtskommission den Verwaltungsbericht 2024 beraten. Im Namen der ASK möchte ich zuerst ein paar allgemeine Bemerkungen machen und anschließend haben wir dann noch ein paar Detailfragen, welche den zuständigen Gemeinderäten bereits im Voraus gestellt wurden. Ich werde auch diese Fragen hier en bloc stellen, sodass die ASK dann bei der departementsweisen Beratung auf weitere Wortmeldungen verzichten kann. Der Verwaltungsbericht 2024 ist klar strukturiert, informativ und gut lesbar. Der Bericht bietet einen guten Überblick über die Verwaltungstätigkeit des vergangenen Jahres. Aus Sicht der ASK haben sich die Verwaltungsberichte über die vergangenen Jahre stetig verbessert. Die regelmässigen Interventionen von verschiedenen Seiten haben zu einer stetigen qualitativen Steigerung der Verwaltungsberichte geführt. Die Ausgabe 2024 steht beispielhaft dafür, wie sich die ASK einen Verwaltungsbericht wünscht. Es ist ein gelungenes Werk. Die ASK bedankt sich daher bei allen Personen, die an der Aufbereitung und Fertigstellung des Verwaltungsberichts beteiligt waren. Ich möchte auf die Tabellen mit den Soll-Ist-Vergleichen betreffend Ziele und Massnahmen eingehen. Diese arbeiten mit einem Ampelsystem. Dieses bietet den Vorteil, dass anhand der Farben Rot, Gelb und Grün auf einen Blick erkennbar ist, ob das jeweilige Ziel erfüllt wurde oder nicht. Die ASK hält in diesem Zusammenhang jedoch fest, dass diese Farben eine trügerische Sicherheit bieten können und dies aus zwei Gründen. Zum einen kann es gute Gründe dafür geben, dass ein Zielwert nicht erreicht werden konnte. Als Beispiel sei etwa Ziffer 1.9 im Departement Bau auf Seite 21 des Verwaltungsberichts genannt. Das Bauprojekt für die Umgestaltung der Hinterhausstrasse in Rüfenacht liegt noch nicht vor, weil damit zugewartet werden soll, bis die umfangreichen Bauarbeiten in der Nachbarschaft abgeschlossen sind. Eine Koordination mit den Bauvorhaben ringsherum erscheint der ASK als äusserst sinnvoll. Rot bedeutet also nicht automatisch schlecht. Und zum anderen hängt es natürlich auch von den gesetzten Zielen ab, ob diese einfacher zu erreichen sind und damit in Grün erscheinen oder nicht. Aus Sicht der ASK ist es durchaus wünschenswert, wenn ambitionierte Ziele anvisiert werden und damit die Gemeinde vorwärtsgebracht wird. Werden die Ziele so gesetzt, dass sie ohnehin einfach zu erfüllen sind, bringt das zwar viel Grün im Verwaltungsbericht, trägt aber nicht unbedingt zur langfristigen Weiterentwicklung der Gemeinde bei. Grün bedeutet also auch nicht automatisch alles ist perfekt. Schliesslich ist der ASK im Zusammenhang mit diesen Soll-Ist-Vergleichen positiv aufgefallen, dass häufig noch kurz erläutert wird, was das Ergebnis der Realisierung ist, exemplarisch beim Departement Soziales. Die ASK regt

an, dass im Verwaltungsbericht 2025 die Umsetzung bzw. Nicht-Umsetzung bei allen Zielen und Massnahmen mit ein paar Stichworten erläutert wird. Ich komme nun zu den Fragen der Aufsichtskommission. Zuerst zum Departement Präsidiales auf Seite 14, Ziffer 1.3, Vorbereitung der neuen Legislaturplanung. Gemäss Bericht wurde für die Legislaturplanung darauf verzichtet, bei allen Kommissionen Rückmeldungen einzuholen. Da stellen wir uns die Frage, warum ist das so? Dann zum Departement Finanzen, Seite 18, Behördentätigkeit. Die Aufsichtskommission hat festgestellt, dass die Finanzkommission 2024 fast doppelt so viele Geschäfte behandelt hat wie in den vorangegangenen Jahren. Woran liegt das und um was für Geschäfte handelt es sich dabei? Dann noch einmal zum Departement Finanzen, Seite 18, die Krankentaggeldversicherung der Mobiliar. Der ASK ist aufgefallen, dass 2024 zwar sieben Schadenfälle verzeichnet wurden, die Schadenssumme aber 0 Franken beträgt. Wie lässt sich dies erklären? Und schliesslich noch zum Departement Bildung, Seite 35, Ziffer 3.2 Aufgabenhilfe. Warum wird seit dem Schuljahr 2024/25 keine Aufgabenhilfe mehr angeboten? Ich bedanke mich bei den zuständigen Gemeinderäten bereits im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen. Zusammengefasst, die Aufsichtskommission nimmt den Verwaltungsbericht 2024 wohlwollend zur Kenntnis und empfiehlt dem Parlament, diesen zu genehmigen.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Für uns hat der Verwaltungsbericht in seinem Umfang jetzt genau die richtige Grösse erreicht. Kurz, knackig, informativ, gut harmonisiert zwischen den Departementen. Was wir besonders schätzen, das Ampelsystem, dort werden nicht nur die gutaussehenden grünen Farben gezeigt, sondern es wird auch offen, ehrlich über alles informiert, wo haben wir das Ziel erreicht, wo haben wir es nicht erreicht, in gelber und roter Farbe. Das ist etwas, das wir sehr schätzen. Dann würde ich doch einmal sagen, kurz und bündig, trotz der roten und gelben Farben, alles im grünen Bereich. Danke allen, die auch dieses Werk oder dieses Meisterwerk für das Jahr 2024 möglich gemacht haben. Wir haben dann in der departementsweisen Beratung noch ein paar Fragen.

Jorio Marco, Mitte/GLP: "Gäng wie Gäng!" Kommt einem in den Sinn, wenn man zum 12. Mal den Verwaltungsbericht durchforstet und dennoch ist er immer wieder ein Abenteuer. Was da doch alles in einem Jahr in der Gemeinde so läuft, was man da auf 61 Seiten alles erfährt. Haben Sie gewusst, dass 2024 ein Ägypter eingebürgert wurde? Dass in den Pilzkontrollen 3,21 Kilo Giftpilze entdeckt wurden, Glück gehabt, und pro Worber und Worberin 2,1 Kilo Tierkadaver, eine fette Katze, angefallen ist. Solche Jahresberichte lassen ein Historikerherz höherschlagen. Alles schön geordnet und aufbereitet. Als ich letztes Jahr die beiden Worber Post-Artikel über Worb im Jahr 1924 recherchiert habe, sie sind im Verwaltungsbericht aufgeführt, herzlichen Dank, musste ich Sitzung um Sitzung des Gemeinderates und von Kommissionen durcharbeiten, es gab noch keinen Verwaltungsbericht und erfuhr doch nur Bruchstücke. Zwei positive Punkte möchte unsere Fraktion hervorheben, sie wurde bereits von meinen beiden Vorrednern erwähnt, die ehrliche Darstellung der Ziele erreicht Grün, in Bearbeitung Orange, überhaupt nicht erreicht Rot. Aber es hat immer noch sogenannte Jahresziele, die eigentlich keine sind, nicht smart sind, dass sie nicht klar und messbar sind. Zum Beispiel sind günstige Konditionen für die Investitionen eine Daueraufgabe, kein Jahresziel. Positiv haben wir festgestellt, vor allem wir Grünliberalen, der Energieverbrauch in den Schulen und Kindergärten hat um 35% abgenommen. Hoffentlich haben die Kinder nicht zu viel gefroren. Zwei negative Punkte gleich bei der Energie. Der Energieverbrauch hat bei der Verwaltung um 40% zugenommen, wenn wir das richtig gerechnet haben. Da wäre eine Erklärung angebracht. Negativ auch die Werterhaltung der kommunalen Infrastruktur ist ein tiefrotes Jahresziel. In der nächsten Worber Post, die am Mittwoch erscheint, werde ich darüber etwas sagen. Als GPK-Mitglied frage ich mich aber jedes Jahr, das sind zwölf Mal, warum die ASK die Ehre hat, im Verwaltungsbericht zu figurieren, die GPK aber nicht. Vielleicht liebt uns der Gemeinderat nicht. Die Mitte/GLP-Fraktion verdankt den ausführlichen und sehr informativen Verwaltungsbericht und wird ihn genehmigen. Wir werden in der Folge keine weiteren Bemerkungen und Fragen mehr vortragen.

Lanfranconi Elena, FDP: Auch wir von der FDP-Fraktion verzichten darauf, mehrmals hervorzukommen und ich werde jetzt gerade alle unsere Punkte auf einmal hervorbringen. Wir möchten uns bei den Verfassern für diesen ausführlichen Bericht bedanken. Er ist wie immer sehr informativ und man findet beim Durchlesen immer wieder spannende Informationen, die man bis jetzt noch nicht gewusst hat. Auch die Inputs, die die Fraktionen in den letzten Jahren gemacht haben, sind berücksichtigt worden und auch wir können der SVP-Fraktion zustimmen. Die Qualität des Berichts hat immer zugenommen und es ist wirklich sehr spannend, diesen jeweils durchzulesen. Nichtsdestotrotz haben wir doch noch zwei kleine Inputs, die wir finden, dass wir das verbessern können, vielleicht in Zukunft, nicht unbedingt im Bericht, aber in der Umsetzung, bis dieser

Bericht dann nachher der Berichter rapportiert. Einerseits gibt es noch ziemlich viele diverse offene Vorstösse, die noch nicht abgearbeitet worden sind und wir haben den Eindruck, da werden zum Teil die Verfasser auch etwas hingehalten. Das ist der erste Punkt und der zweite Punkt ist, das mit dem Ampelsystem finden wir sehr gut, aber manchmal haben wir den Eindruck, Die Farbe entspricht eigentlich nicht ganz dem Status. Ein Beispiel aus dem Departement Planung ist das Bevölkerungswachstum um 50 Personen. Wenn man dort die Farben anschaut, ist alles grün bis auf ein kleines oranges Feld, aber es hat kein Bevölkerungswachstum gegeben um 50 Personen. Dort ist die Farbe manchmal etwas trügerisch. Das sind die zwei Inputs von uns. Wir werden dem Verwaltungsbericht aber so zustimmen.

Mosimann Heidi, Grüne: Ich kann mich in vielen Punkten meinen Vorrednerinnen und Vorredner anschliessen. Auch im Namen der Grünen möchten wir uns bestens für die ausführliche Berichterstattung und die Statistiken bedanken. Bei den Zahlen ist vor allem die Gegenüberstellung von den Vorjahren sehr informativ und spannend. Es steckt viel Arbeit in diesem Bericht, die gewürdigt werden soll, das heisst für uns richtig hinschauen. Ich habe gehört, wir sind nicht die einzigen, die die Zahlen, genauer anschauen. Auch wir haben das gemacht und es haben sich verschiedene Fragen gestellt. Wir erwarten jedoch nicht für alle diese Fragen heute Abend eine Antwort. Wir haben sie euch nicht vorgängig geschickt. Wie kann es sein, dass die Tagesschule im Jahr 2023, 1013 Stellenprozente hatte und im Jahr 2024 nur noch 862 Stellenprozente, obwohl die Kinderzahl angestiegen ist? Oder muss es in der Bauabteilung zu Problemen führen, wenn es 110 Stellenprozente weniger sind? In der Umwelt wurde bereits erwähnt, die Abfallmenge steigt stetig, trotz separater Trennung von Plastik. Der Stromverbrauch von Strassenlaternen steigt und die Verwaltung wurde bereits erwähnt. Ich bin sicher, nächstes Jahr sind das Punkte, die wir genau anschauen werden. Eine fehlende Zahl kann aber auch aufzeigen, dass ein wichtiges Angebot fehlt. Es wurde vorhin schon erwähnt, die Aufgabenhilfe wurde gestrichen, obwohl das eigentlich für die Chancengleichheit in der Schule ein wichtiger Punkt sein könnte. Wir wissen alle, Lesen ist für den Schulerfolg sehr wichtig. Gerade in der Bibliothek Rüfenacht geht aber die Anzahl der eingeschriebenen Nutzenden kontinuierlich zurück. Bei den Erwachsenen, wie auch bei den Kindern und Jugendlichen, ist das sicher ein Thema, das man genauer anschauen müsste. Da ist ein zusätzlicher Effort nötig, sei es von der Verwaltung, aber auch von der Zivilgesellschaft. Zum Beispiel der Vorschlag von Mayk, die Bibliothek herunterzunehmen in das neue Zentrum, könnte eine Lösung sein. Quantitative Aussagen sind nicht alles, sie können auch auf mögliche qualitative Mängel hinweisen. Zum Beispiel, wenn mehr Kinder in der Tagesschule sind, die Stellenprozente zwar erhöht werden, jedoch vor allem beim Nichtfachpersonal oder wenn gerade in dem Kindergarten, wo der grösste Anstieg der Kinder zu verzeichnen ist, die Stellenprozente zurückgehen. Sicher etwas, das wir im Auge behalten müssen. Aufgefallen ist auch, dass zum Beispiel die Besuche für die Schulzahnpflege von 111 zurückgegangen sind auf 25. Ich denke nicht, dass die Zähne der Kinder besser sind oder die Kosten tiefer. Zahlen können uns zeigen, wie herausfordernd die Planung ist, zum Beispiel für die Schulleitung, wenn die Zahl der Kindergartenkinder sich jedes Jahr verändert. 118, 75, 104, da dürfte die Planung schwierig sein. Zahlen helfen manchmal auch nicht weiter, wenn diese zwar gleich bleiben oder sogar tiefer sind, die Aufgaben aber komplexer, die Problemlagen der Klientschaft immer vielfältiger werden, wie dies beim Sozialdienst der Fall ist. Unseres Erachtens ist der Verwaltungsbericht nicht nur ein Rückblick, er zeigt auch auf, wo allenfalls Handlungsbedarf für nächstes Jahr sein könnte oder für die nächsten Jahre. Trotz der Fragen, wie ich schon erwähnt habe, erwarten wir nicht für alle eine Antwort. Der Bericht zeigt insgesamt, dass die Gemeinde gewillt ist, transparent zu informieren. Dies wurde bereits erwähnt. Für die gute Arbeit bedanken wir uns beim Gemeinderat und der Verwaltung, die sicher dort sehr aktiv war, und wir werden den Bericht genehmigen.

Hodler Adrian, SP: Auch die SP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht 2024 mit Interesse studiert. Der Verwaltungsbericht bietet wiederum einen Überblick über die Verwaltungstätigkeit im letzten Jahr, wie schon erwähnt wurde, untermauert von vielen Zahlen, von Versicherungssummen bis hin zu geretteten Bergmolchen. Um es kurz zu machen, die SP ist zufrieden mit dem Verwaltungsbericht. Nach langjährigen Bemühungen und Interventionen von verschiedener Seite präsentiert sich der Verwaltungsbericht nun so, wie wir uns das seit längerem wünschen. Der Inhalt, insbesondere die Soll-Ist-Vergleiche, ist prägnant zusammengefasst und wird übersichtlich dargestellt. Das regelmässige Nachbohren, gerade auch vonseiten unserer Partei, hat Früchte getragen. Ebenfalls begrüssen wir, dass die aus Sicht des Gemeinderats abzuschreibenden Vorstösse nicht mehr mit der Genehmigung des Verwaltungsberichts abgeschrieben werden, sondern dass dies jetzt separat erledigt wird. Der Verwaltungsbericht wird dadurch schlanker und die Diskussionen um den Bericht werden nicht noch

zusätzlich aufgebläht. Einen Wermutstropfen stellt aus Sicht der SP der Umstand dar, dass nicht alle Departemente gleich ambitionierte Ziele verfolgen. So hätten wir uns etwa bei den Departementen Präsidiales und Planung angesichts ihrer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde etwas mehr gewünscht. Natürlich sind wir uns bewusst, dass es bei der Genehmigung des Verwaltungsberichts nicht darum geht, die gemeinderätlichen Ziele zu beurteilen, sondern dass es dafür auch andere Instrumente gibt. Wir weisen aber im Zusammenhang mit dem Verwaltungsbericht darauf hin, dass weniger ehrgeizige Ziele einfacher zu erreichen sind und daher zu viel Grün im Bericht führen. Das kann aus unserer Sicht aber nicht das Ziel der Übung sein. Alles in allem ist die SP-Fraktion sehr zufrieden mit dem Verwaltungsbericht und dankt allen Beteiligten, die zu dessen Erarbeitung beigetragen haben. Die SP wird den Verwaltungsbericht 2024 genehmigen und aller Voraussicht nach auf weitere Wortmeldungen bei der departementsweisen Beratung verzichten.

Cetin Mayk, EVP: Es fehlt noch die Würdigung der EVP-Fraktion, die ich jetzt zum 15. Mal machen darf. Ich denke, ich darf wieder das Gleiche sagen, es ist ein Instrument, das unglaublich viel Mehrwert bringt für uns Parlamentarier, die neu sind, die unsere Auskunftsfähigkeit stärkt. Herzlichen Dank an alle, die daran gearbeitet haben. Ich bin froh, dass die Frage der Tagesschule kam, dann muss ich die Frage nicht in der BIKO stellen, da bin ich gespannt auf die Antwort.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldung.

Grosser Gemeinderat

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Die Frage von Marco Jorio betreffend GPK gehört hierhin. Der Grund, weshalb die GPK nicht explizit erwähnt ist, ist, dass die GPK im Unterschied zur ASK nur die Geschäfte beurteilt, die im GGR bearbeitet werden. Es ist eine Prüfung dieser Geschäfte, deshalb macht es keinen Sinn, dass man bei der GPK diese Geschäfte noch einmal aufführt, denn die sind beim GGR bereits aufgeführt. Die ASK dagegen bearbeitet zusätzliche Themen, bei denen es Sinn macht, dass man die im Verwaltungsbericht aufführt. Das ist der Grund, weshalb die GPK nicht namentlich erwähnt wird.

Gemeinderat

Keine Wortmeldung.

Departement Präsidiales

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich habe mir zwei Fragen notiert. Die erste Frage ist von der ASK, weshalb auf den Einbezug der Kommission auf die Legislaturplanung verzichtet werden soll. Die zweite Frage ist von dir betreffend den besetzten Stellen, die du erwähnt hast. Zuerst die Geschichte mit dem Einbezug der Kommissionen. Wir haben im letzten Jahr, in der Legislatur und auch schon früher mit einzelnen Kommissionen wichtige strategische Themen bearbeitet. Ich gehe kurz auf diese Themen ein, die wir bereits bearbeitet haben. Das erste ist aufgrund des Entscheides der Grundeigentümerschaft, die Bächelmatt nicht für zukünftige Siedlungsentwicklungen zur Verfügung zu stellen, sind wir vor der wichtigen übergeordneten Frage gestanden, wo und wie die Gemeinde zukünftig wachsen soll. Wir haben diese Frage im Rahmen von vier Workshops als Gemeinderat zusammen mit der Planungskommission und mit der Umweltkommission breit abgestützt bearbeitet. Dieser Prozess ist zwar bei weitem nicht abgeschlossen, aber mit den vier Workshops haben wir bereits eine wichtige Grundlage für die nächsten vier Jahre, für die neue Legislatur Planung geschaffen. Das zweite Thema ist, im vergangenen Jahr haben wir das Energieleitbild als Gemeinderat zusammen mit der Planungskommission und der Umweltkommission erneut in einem ganztägigen Workshop überarbeitet. Dabei haben wir die Haltungen dieser beiden Kommissionen abgeholt, wie sich die Gemeinde zukünftig in den Bereichen Energie und Klima engagieren soll. Das Dritte, die Sozialbehörde hat sich intensiv und breit abgestützt mit der zukünftigen Altersarbeit beschäftigt. Das resultierende Alterskonzept enthält eine Reihe von strategischen

Zielen, die in den kommenden Jahren bearbeitet werden müssen, auch hier eine Grundlage für die neue Legislatur. Das letzte, die Bildungskommission hat im letzten Jahr die Bildungsstrategie 2025 bis 2028 ausgearbeitet, die ebenfalls im Rahmen von drei Schwerpunktthemen strategische Zielsetzungen für die neue Legislatur formuliert. Ein grosser Teil unserer Kommissionen hat sich bereits mit der Erarbeitung dieser Grundlagen intensiv strategisch beschäftigt und damit Vorgaben für die neue Legislaturplanung geschaffen. Wir haben deshalb bewusst darauf verzichtet, mit einem erneuten Aufruf einen Einbezug der Kommissionen einzuholen. Selbstverständlich ist es den Präsidenten der übrigen Kommissionen freigestanden, allfällige weitere strategische Themen in ihren Kommissionen abzuholen und im Rahmen der Legislatur Planung einzubringen. Jetzt noch eine Frage. Die Stellen, werden immer per 31. Dezember angesehen, wenn man da eine Vakanz hat, gibt es dort ein Loch. In der Tagesschule hatten wir gerade weniger Leute und auch auf der Bauabteilung, wenn es mir recht ist, haben gerade zwei gefehlt, darum ist dort ein wesentlich tieferer Stellenprozentsatz angegeben.

Departement Finanzen

Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Finanzen: Ich beantworte, die zwei Fragen der ASK. Die erste Frage betrifft die höhere Zahl an Geschäften, welche die FIKO behandelt hat im Jahr 2024. Es ist nicht auf einen Überaktivismus der FIKO zurückzuführen, sondern auf die höhere Anzahl Pflichtgeschäfte, welche die FIKO behandeln muss. Ich zitiere aus dem Reglement über die ständigen Kommissionen. Die FIKO stellt dem Gemeinderat Antrag zu Finanzgeschäften des Parlaments, die Auswirkungen auf das Finanzhaushaltsgleichgewicht haben, Art. 15 Abs. 2. Wir haben die Geschäfte behandelt, die wir behandeln mussten. Das sind einige Tiefbaugeschäfte, Netzerweiterung, Netzersatz, Ersatz Meili war letztes Jahr, Umstellung auf LED, Produktedefinitionen von Gleis 2 und Zentrum Alter Worb. Das sind auch Geschäfte, die in unserer Verantwortung sind. Die zweite Frage betrifft Personenversicherungen. Warum haben wir sieben Schadenfälle, aber 0 Franken als Kosten. Die Einwohnergemeinde Worb lässt sich seit dem Jahr 2019 von der Kessler AG im Versicherungsbereich beraten, diese stellt uns jährlich einen Bericht zu. Aus diesem Bericht gehen die Kennzahlen hervor. Die Krankentaggeldversicherung, sind Schadenfälle, die oft länger gehen und erst später finanzielle Auswirkungen haben. Das was im Jahr 2024 offen ist, hat finanziell erst eine Auswirkung im Jahr 2025.

Departement Bau

Keine Wortmeldungen.

Departement Umwelt

Keine Wortmeldungen.

Departement Bildung

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Departement Bildung 3.2, die Frage ist schon gestellt worden, warum wird keine Aufgabenhilfe mehr angeboten? Punkt 6.2 Stellenprozente der Primarstufe Worb, warum mussten gleich acht Vollzeitstellen mehr besetzt werden?

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Danke für die Fragen, die ihr mir gestellt habt, die ich sehr gerne beantworte. Ich beginne mit der Aufgabenhilfe. Die ASK, die SVP, die Grünen und auch die EVP, haben gefragt, weshalb wurde die Aufgabenhilfe auf das Schuljahr 2024 und 2025 aufgehoben. Die Aufhebung der Aufgabenhilfe ist eine direkte Folge der Einführung und der Umsetzung des Lehrplans 21. Der Lehrplan 21 bescherte den Schülerinnen und Schülern von der 1. bis zur 9. Klasse zusätzliche Unterrichtsstunden. Konkret heisst das, dass die 1. Klasse zwei zusätzliche Wochenlektionen erhielt, die 2. Klasse eine zusätzlich, Die 3. bis 6. Klassen je zwei zusätzliche Lektionen. Auf der Oberstufe waren es je nachdem ob Real- oder Sekundarstufe zwischen zwei und vier zusätzliche Wochenlektionen. Plus zwei zusätzliche Lektionen heisst aber auch, dass die Schülerinnen und Schüler einen Nachmittag mehr Unterricht haben.

Da kommen nicht nur die zweimal 90 Minuten Unterricht dazu, sondern auch noch zweimal die Zeit für den Schulweg. Diese zusätzlichen Lektionen, die mit dem Lehrplan 21 dazugekommen sind, sollen aber nicht als "normalen Unterricht" stattfinden, sondern sie sollen als Übungsstunden eingesetzt werden. Die Schülerinnen

und Schüler sollen in diesen Zusatzlektionen die bisherigen Hausaufgaben erledigen. Diesen Unterricht nennt man SOL-Unterricht. SOL steht für selbst organisiertes Lernen. Begründet wird dies mit der sogenannten Chancengerechtigkeit, ich spreche von Chancengerechtigkeit und nicht von Chancengleichheit. Es ist längst nicht mehr so, dass überall zu Hause Eltern oder sonst jemand da ist oder da sind, die ihren Kindern bei den Hausaufgaben helfen können. Aus diesem Grund ist es gerechter, wenn möglichst viele Hausaufgaben oder Trainingseinheiten in der Schule unter Begleitung einer Lehrperson erledigt werden. Der Lehrplan 21 definiert auch genau, wie viel Zeit für Arbeiten zu Hause eingesetzt werden darf. Im Zyklus 1, also Kindergarten bis zur zweiten Klasse, sind das 30 Minuten pro Woche, im Zyklus 2, 3. bis 6. Klasse sind es 45 Minuten pro Woche und im Zyklus 3, 7. bis 9. Klasse maximal 90 Minuten pro Woche. Die Lehrpersonen sind angehalten, sich an diese Regelung zu halten. Aufgrund dieser Ausgangslage haben wir beschlossen, die Aufgabenhilfe aufzuheben. Ich komme zu der zweiten Frage der SVP. Warum mussten die Stellenprozente in der Primarstufe Worb von 2'500 auf 3'300 Stellenprozente erhöht werden, dies ist eine Steigerung von 800% oder acht Vollzeitstellen. Ich habe bei der zuständigen Schulleiterin des Primarstufenkreises Worb nachgefragt. Die Zahlen sind offenbar nicht korrekt. Es sieht so aus, als ob das Einberechnen der Basisstufenressourcen nicht korrekt erfolgt ist. Das heisst, dass bei der Basisstufe Kindergarten und erste und zweite Klasse. Die beiden Kindergartenjahre und die Zahlen der ersten und zweiten Klasse hätten auseinandergehalten werden müssen. Die Schulleiterin hat nun die Zahlen der letzten 2 Jahre korrigiert, indem sie die Hälfte der Basisstufenressourcen im Kindergarten und die andere Hälfte in der Primarstufe einberechnet hat. Die Vollzeitstellen insgesamt oder die Vollzeiteinheiten insgesamt nur gering zugenommen haben. Dies ist mit den grossen Kindergartenklassen und dem Zuwachs der Schüler und Schülerinnen und der damit verbundenen Klasseneröffnung im Jahr 2024 begründet. Ich komme zu den zwei Fragen von Heidi Mosimann von den Grünen. Die Tagesschulfrage kann ich nicht aus dem Stegreich beantworten, diese Zahlen habe ich nicht präsent. Es geht um die Schulzahnpflege, die in den letzten Jahren kontinuierlich und massiv zurückgegangen ist. Das Reglement über die Schulzahnpflege stammt aus dem Jahr 2003 und hat seither nie Änderungen erfahren. Somit hat unsere Anwendung zu der Schulzahnpflege auch keine Änderung erfahren und ist nicht restriktiver geworden. Die genauen Gründe kennen wir nicht, wir können uns aber vorstellen, dass die Eltern heute ziemlich konsequent eine Zahnversicherung abschliessen. Das könnte ein Grund sein. Zur Bibliothek in Rüfenacht. Auffallend ist hier, sagst du, Heidi, dass die Zahl der eingeschriebenen BenutzerInnen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist. Dasselbe stellen wir auch in Worb fest, aber nur mässig. Dem Departement Bildung sind die Gründe für den Rückgang der eingeschriebenen Nutzerinnen und Nutzer nicht bekannt. In erster Linie ist es Aufgabe des Vereins Bibliothek Rüfenacht, Massnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Bibliothek zu prüfen und umzusetzen. Bezüglich des Standortes der Bibliothek Rüfenacht wird der Gemeinderat an der Parlamentssitzung vom 8. September 2025 zum entsprechenden Postulat der EVP Stellung nehmen.

Departement Soziales

Keine Wortmeldungen.

Departement Sicherheit

Moser-Utiger Silvia, EVP: Beim Departement Sicherheit auf Seite 50 unter Punkt 6.1, Wohnbevölkerung, sind im Jahr 2022 nur 54 Personen notiert. In den Jahren 2021, 2023, 2024 sind es 548, 532, 534. Somit nehme ich an, dass im Jahr 2022 eine Zahl fehlt.

Departement Planung

Keine Wortmeldungen.

Antrag und Beschluss

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. f der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2024 wird genehmigt.

Jahresrechnung 2024: Genehmigung

Sitzung Nr. 433	Datum 23.06.2025	Traktandum 4	Beschlussnummer 2025/28-25	Geschäftsnummer 38651	Archivnummer 21/20
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Hodler Adrian, ASK: Die Aufsicht und die Geschäftsprüfungskommission haben an einer gemeinsamen Sitzung am 16. Juni 2025 die Jahresrechnung 2024 diskutiert und der zuständigen Gemeinderätin Fragen gestellt. Dieses Jahr kommt der ASK die Rolle zu, dem Parlament eine Einschätzung der beiden Kommissionen zur Rechnung 2024 mitzuteilen. Aufgabe der GPK und der ASK ist es nicht, zu überprüfen, ob richtig gerechnet und verbucht wurde. Dafür ist die Revisionsstelle zuständig. Vielmehr legten wir unser Augenmerk auf die Darstellung der Rechnung und allfällige Auffälligkeiten. Die Kommissionen stellten fest, dass die wesentlichen Punkte der Jahresrechnung 2024 in einem prägnanten Handout dargestellt werden. Zudem ist die detaillierte Rechnung auf der Webseite der Gemeinde öffentlich einsehbar. Diese Kombination von Übersichtlichkeit und Transparenz wird sehr geschätzt. Ich verzichte darauf, die Zahlen der Jahresrechnung 2024 zu wiederholen. Ihr habt das Wesentliche schon gelesen oder in der Kommission bereits gehört. Die ASK und die GPK stellten erfreut fest, dass die Rechnung knapp 2 Millionen besser abschloss als budgetiert. Die wesentlichen Abweichungen zum Budget werden nachvollziehbar erklärt und insgesamt gibt es weder am Aufbau noch am Inhalt der Jahresrechnung 2024 etwas auszusetzen. Allerdings wäre es in Anbetracht der in den nächsten Jahren anstehenden namhaften Investitionen dennoch verfehlt, in übermässigen Optimismus zu verfallen. Das Ergebnis der Rechnung 2024 ist erfreulich, entbindet jedoch die Gemeinde nicht davon, auch in Zukunft hausälterisch mit ihren Ressourcen umzugehen. Die GPK und die ASK äussern, wie schon in den vergangenen Jahren, den Wunsch, dass die Ergebnisse der Jahresrechnung in einen weiteren Kontext gestellt werden. So wurde beispielsweise von der zuständigen Gemeinderätin auf Nachfrage ausgeführt, dass die höheren Steuereinnahmen insbesondere bei den natürlichen Personen konjunkturell bedingt sind und nicht mit dem Wohnungsbau zusammenhängen. Solche Erkenntnisse erscheinen uns durchaus wesentlich für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde. Ebenso hätte man die Entwicklung der Finanzkennzahlen über einen längeren Zeitraum, beispielsweise über zehn Jahre, darstellen können. Insgesamt hat die Finanzabteilung wieder einmal ausgezeichnete Arbeit geleistet. Dafür danken wir ihr, der zuständigen Gemeinderätin Lenka Kölliker und auch allen anderen Personen, die irgendwie an der Erarbeitung der Jahresrechnung beteiligt waren, ganz herzlich.

Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Finanzen: Es freut mich sehr, dass ich die Jahresrechnung 2024 präsentieren darf. Ihr habt alle den Link zur vollständigen und detaillierten Jahresrechnung erhalten und ich werde anhand von den Slides, die ihr auch erhalten habt, die Jahresrechnung präsentieren. Danke an Jonas und sein Team für die Vorbereitung der ganzen Jahresrechnung wie immer eine tadellose Arbeit. Adrian hat es gesagt, wir haben eine schöne Jahresrechnung 2024. Der gesamte Haushalt schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 1,44 Millionen Franken ab. Dieser setzt sich zusammen aus dem allgemeinen Haushalt und Spezialfinanzierung. Der Allgemeine Haushalt schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 2,1 Millionen vor Einlage in die finanzpolitische Reserve ab. Da die ordentlichen Abschreibungen tiefer waren als die Nettoinvestitionen, mussten wir eine Einlage in die finanzpolitische Reserve machen, also ist das Ergebnis vom allgemeinen Haushalt ein Ertragsüberschuss von 1,3 Millionen Franken. Auf der anderen Seite haben wir die Spezialfinanzierung, die schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 130'000 Franken. setzt sich zusammen aus

Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallentsorgung. Ich gehe später auf die Details ein. Der Gesamthaushalt schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 1,44 Millionen. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von 0,5 Million Franken. Die Differenz ist 1,9 Million Franken. Die Spezialfinanzierung schliesst ähnlich ab wie budgetiert, wir haben 135'000 Franken Ertragsüberschuss budgetiert und haben den Ertragsüberschuss mit 130'000 Franken abgeschlossen. Was sind die Hauptgründe für die Besserstellung gegenüber dem Budget? Der grösste Teil ist auf Steuereinnahmen zurückzuführen, dank den obligatorischen periodischen Steuern, welche Netto um 1,47 Millionen Franken besser abschliessen, liegt der ganze Finanzertrag um mehr als 1,5 Millionen Franken über dem Budgetwert. Der zweite Punkt ist baulicher und betrieblicher Unterhalt. Da haben wir mehr als eine halbe Million Einsparungen gemacht, wir haben weniger baulicher und betrieblicher Unterhalt benötigt. Der dritte Punkt: Sozialdienste. Der Nettoaufwand der Sozialdienste liegt um rund 250'000 Franken unter dem Budgetwert, was zur Hauptsache auf die übrigen Erträge zurückzuführen ist. Bei der Wasserversorgung war ein Minus von 25'000 Franken budgetiert. Wir hatten mit einem Ertragsüberschuss von 212'000 Franken abgeschlossen, was auch besser ist als in der Rechnung 2023. Beim Zielwert Bestand Spezialfinanzierung Rechnungsausgleichs sind wir weit über dem Zielwert von 346'000 Franken. Das liegt vor allem daran, dass wir im Jahr 2019 die Primäranlagen an den WVRB verkauft haben. In diesem Jahr konnten wir erstmals rund 400'000 Franken von diesem Verkauf der Erfolgsrechnung gutschreiben. Das werden wir in den nächsten 16 Jahren so machen. Die Abwasserentsorgung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 39'000 Franken ab. Der budgetierte Betrag dafür war höher. Allerdings sind wir bei dem Zielwert genau dort, wo wir sein wollen. Die Anschlussgebühren in der Höhe von 17'000 werden in der Erfolgsrechnung erfasst und können an die jährliche Einlage im Werterhalt angerechnet werden. Der Zielwert Bestand Spezialfinanzierung Rechnungsausgleich ist somit erreicht. Die Abfallentsorgung ist die einzige Spezialfinanzierung, die mit einem Aufwandüberschuss von 121'000 abschliesst. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von 25'000. Im Jahr 2023 haben wir besser abgeschlossen. Die Gründe sind vor allem, dass ein Nachkredit in der Höhe von 28'000 für Optimierungsmassnahmen gesprochen werden musste, dass die Beiträge an die KEWU höher ausfielen. Auf der anderen Seite gab es mehr Grünabfuhr wegen dem nassen und warmen Sommer und es gab auch weniger Einnahmen für die normale Abfuhr, weil wir Plastik separieren. Steuern nach Sachgruppen. Ihr seht, dass insgesamt der Fiskalertrag fast um 2 Millionen Franken höher ist als in der Rechnung vom Jahr 2023 und ist somit 1,5 Millionen Franken über dem Budget 2024. Die Mehreinnahmen haben wir insbesondere bei den natürlichen Personen erzielt. Das sind mehr als 1,2 Millionen Franken gegenüber dem Budget und gegenüber der Rechnung vom Jahr 2023. Bei juristischen Personen wurden auch mehr Einnahmen erzielt, diese sind leicht über dem Budget und sind um 250'000 Franken besser als in der Jahresrechnung 2023. Die übrigen Steuern, die Liegenschaft Steuern sind leicht höher als im Vorjahr. Das steigt kontinuierlich die letzten Jahre. Die Vermögensgewinnsteuer ist etwas schlechter als budgetiert, circa gleich wie im Vorjahr und bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer haben wir Mehreinnahmen von circa 250'000 Franken. Die Hundesteuer ist etwas höher als im Vorjahr. Insgesamt ist der Fiskalertrag, wie gesagt, fast 2 Millionen Franken über dem Budget. Das war die Einnahmeseite. Auf der Ausgabeseite haben wir Investitionen. Budgetiert waren Investitionen von 4,8 Millionen Franken, die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 4,05 Millionen Franken. Der Hauptteil ist bereits für das Schulzentrum Worboden, für Vorprojekt. Als zweithöchste Wasserversorgung, Netzersatz und Erweiterung von 880'000 Franken und der Werkhof, mit Ersatzbeschaffung für Kommunalfahrzeuge von mehr als eine halbe Million. Die Einnahmen sind bei Sportanlagen 5'000 Franken, bei Primarschulen 22'000, bei der Jugendarbeit 20'000 Franken. Das Total der Investitionseinnahmen sind 47'000, netto versus die Bruttoinvestitionen von 4'000'6'000 Franken. Wie gesagt, die Abweichung gegenüber dem Budget mit 4,8 Millionen. Franken versus 4 Millionen Franken investiert, ist fast das beste Ergebnis, das wir investiert haben in den letzten Jahren. Wir waren nah am Budget. Entwicklung Eigenkapital und Schuldengrenze. Die rote Linie betrifft die Finanzverbindlichkeiten, also Schulden. Da haben wir uns die selbsternannte Schuldenbremse von 40 Millionen Franken gesetzt. Aktuell sind wir bei 21 Millionen Franken. Das ist ein leichter Anstieg gegenüber dem Jahr 2023. Das ist wegen des zusätzlichen Kredites, welchen wir in dem Jahr aufnehmen mussten. Die blaue Linie ist das Eigenkapital inklusive finanzpolitische Reserve. Dort ist auch eine selbsternannte Mindestgrenze, diese ist bei 5 Millionen Franken, dort sind wir aktuell bei 19'328'000 Franken. Aufgrund von den guten Ergebnissen in den letzten Jahren steigt die Linie nach oben. Nachkredite: Im Jahr 2024 sind Nachkredite von insgesamt 4,2 Millionen Franken beschlossen worden, im Jahr 2023 waren es 3,5 Millionen Franken. In Kompetenz des Gemeinderates fallende gebundene Nachkredite davon 3,5 Millionen Franken, das sind die Kredite, die wir bewilligen müssen, das sind die mit einem Geschäft, Entlohnung, Lehrpersonal etc., diese müssen wir bewilligen, davon in Kompetenz des Gemeinderates neue Kredite von 738'000 Franken. Der Gemeinderat hat in diesem Jahr auch Nachkredite in der Höhe von 1,4 Millionen Franken gesprochen, welche jedoch nicht beansprucht

wurden. Finanzkennzahlen, Entwicklung: Insgesamt kann man sagen, dass wir bei allen Finanzkennzahlen mehr oder weniger im Mittelfeld und gut positioniert sind. Finanzkennzahlen und Gemeindevergleich, damit ist der Vergleich mit anderen Gemeinden mit ähnlicher Grösse in der Region gemeint. Das betrifft die Rechnung vom Jahr 2023, das sind nicht die Rechnungen vom Jahr 2024, weil diese werden erst jetzt genehmigt. Ich kann das vereinfachen, in der ersten Spalte Steueranlagen in zweiter Einwohneranzahl und dann die einzelnen Kennzahlen. Insgesamt kann man sagen, dass man bei fast allen im Mittelfeld liegt, ausser bei drei Spalten, das ist die erste Steueranlagen vom 1,7, sind wir top Reiter. Dann der drittletzte Investitionsanteil, wir haben 4,09% investiert von der Rechnung. Die letzte Spalte ist das massgebliche Eigenkapital, da liegen wir mit 1'760 Franken pro Einwohner ziemlich tief. Fazit: Der Allgemeine Haushalt schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 1,3 Millionen Franken ab. Das Budget hat insgesamt einen Aufwandsüberschuss von 600'000 Franken errechnet. Wir haben erneut 802'000 Franken in die finanzpolitische Reserve eingelegt. Der Gesamtsteuerertrag liegt 1,56 Millionen Franken besser als budgetiert. Nettoinvestitionen von 4 Millionen Franken wurden erzielt, von 4,8 Millionen Franken budgetiert. Die Hauptgründe habe ich erwähnt, das sind Steuereinnahmen, Einsparungen beim baulichen Unterhalt und bei der Sozialhilfe. Die ASK hat das schon erwähnt, für die Jahre 2026 und 2027 ist die Sanierung des Wordbodens vorgesehen und darum ist das eine grosse Herausforderung für unsere Finanzen. Die finanzpolitische Disziplin ist mehr als je zuvor angesagt. Daher ist klar, dass es keinen Platz für weitere grosse Investitionsvorhaben gibt, sodass wir nach wie vor eine strikte Ausgabenpolitik führen müssen.

Marthaler Matthias, SP: Ich bedanke mich im Namen der Fraktion der SP Worb bei der Finanzabteilung, bei Jonas Weil und Lenka Kölliker für die Arbeit. Die SP Worb beurteilt die Aussagen, welche aus der Jahresrechnung 2024 resultieren für positiv. Zum Technischen, auf den Gemeindevergleich kann gerne nächstes Jahr verzichtet werden. Er ist aus unserer Sicht eher irreführend, da oft Heidelbeeren mit Kiwis verglichen werden. Bei der Auflistung der Steuerergebnisse hingegen schliesst sich die SP-Fraktion dem Anliegen der ASK an. Wir gehen natürlich davon aus, dass die Steuereinnahmen insbesondere bei den natürlichen Personen konjunkturbedingt höher ausgefallen sind. Welche Trends zeichnen sich ab? Was erwartet der Gemeinderat? Diese Werte haben ja auch Einfluss auf die anderen Departemente, zum Beispiel bei der Bautätigkeit. Für die SP-Fraktion würde eine Analyse der Steuereinnahmen über die nächsten Jahre hinweg viele Klarheiten schaffen. Aus der Sicht der SP-Fraktion würde eine solche Analyse die Jahresrechnung jeweils verständlicher und damit verbunden auch das Budget nachvollziehbarer gestalten. Wir bitten deshalb, dies für die nächste Budgetbesprechung bzw. Jahresrechnung zu prüfen. Nun zum Fazit der SP-Fraktion: Unsere Gemeinde steht finanziell gut da und die anstehenden Investitionen sind tragbar.

Spahr Daniela, Mitte/GLP: Danke vielmals auch im Namen der Mitte/GLP-fraktion für das 26-seitige Handout. Dies ist gut, das hat für uns gepasst als Grundlage und dafür möchten wir uns bedanken. Wir haben darüber diskutiert, was wir für ein Fazit daraus ziehen sollen. Wir sind relativ arm, relativ unverschuldet und haben einen eher hohen Steuerfuss. Das war so, wie wir das interpretiert haben. Ich habe in meiner beruflichen Laufbahn gelernt, wenn man etwas führt, ein Unternehmen genauso wie eine Gemeinde, dass man auf drei Ebenen denkt. Man denkt operativ kurzfristig, man denkt taktisch etwas weitsichtiger und man denkt strategisch auf die ganz lange Sicht. Nun macht uns alle diese Schulhaussanierung in Worb etwas nervös, auch absolut berechtigterweise. Das wird uns etwas beschäftigen die nächsten Jahre, das wird uns operativ fordern, das braucht taktisch eine gute Steuerung. Umso wichtiger finden wir deswegen, dass wir strategisch schlau vorgehen als Gemeinde. Damit wir langfristig eine attraktive Gemeinde bleiben. Dazu wird ein modernes Schulhaus vermutlich nicht ausreichen und wir haben uns gefragt, wie interpretieren wir diese Zahlen? Wie gehen wir damit um? Was heisst das? Darin steht, es wird keinen Platz für weitere grosse Investitionsvorhaben geben. Wir würden uns hier etwas vertiefte finanzpolitische Interpretationen auf der strategischen Ebene für die nächsten Jahre wünschen, denn aus unserer Sicht gibt es grundsätzlich zwei Optionen. Wir können sparen und stillstehen oder wir können schlau investieren und langfristig denken. Wir von der Mitte/GLP würden den zweiten Weg bevorzugen und deswegen wünschen wir uns sehr für die nächsten Jahre finanzielle Weitsicht und eine gute strategische Interpretation unserer Gemeindefinanzen, so dass wir proaktiv reagieren können. Vielen Dank für die Arbeit.

Stucki Daniel, FDP: Als Erstes möchte ich den Verantwortlichen zu dem Dokument Jahresrechnung 2024 gratulieren. Das Dokument, das wir bekommen haben, ist sehr gut zusammengestellt, übersichtlich, ausführlich beschrieben und natürlich ist es ein erfreuliches Resultat mit über eine Million Franken Ertragsüberschuss. Die

FDP hat sich dieser Rechnung natürlich auch angenommen und möchte hier trotzdem vor der grossen Euphorie warnen. Wir wissen alle, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt, das Schulhaus Worbboden beispielsweise. Wir haben jetzt zwei bis drei Punkte herausgenommen, die uns aufgefallen sind, auf die wir hinweisen möchten und dabei hoffen, dass sich die Zahlen in den nächsten Rechnungen wieder gegen unten bewegen oder ganz aus dem Dokument verschwinden. Erstens, auf Seite 17 der Gesamtrechnung sind die Nachkredite, die im letzten Jahr gesprochen wurden, aufgeführt. Im Vergleich zu den letzten zwei Jahren sind die um über eine Million Franken höher. Vor allem die gebundenen Nachtkredite von über 3,5 Millionen Franken, Lenka hat es gesagt, sind ziemlich hoch und dort sollte man in Zukunft besser planen und besser hinschauen. Das hat von uns aus gesehen mit einer Planungsaufgabe zu tun. Wir könnten in der Planung, in allen Geländekammern weiterschauen und eben strategisch nach vorne schauen, so dass man es ausweisen könnte. Bereits in einem Budget beispielsweise, das finden wir auch in dieser Rechnung, Container-Provisorium, wo man einen Nachkredit sprechen musste, weil man es nicht im Budget ausgewiesen hatte. Aber das Container-Provisorium hat man von Anfang an gewusst, dass das kommt. Das haben wir nicht ganz verstanden. Auf Seite 154 ist beim Gemeindesaal die Saalbeleuchtung mit diversen Unterhaltsarbeiten von über 28'000 Franken aufgeführt. Haben wir nicht am 13. Mai 2024 zu dieser Umrüstung auf LED Nein gesagt? Und warum ist der Wechsel jetzt gleichwohl gemacht worden? Die FDP fragt sich bei der einen oder anderen Position schon, was genau passiert ist. Die Gemeinde Worb schliesst 2024 dank höherer Steuereinnahmen und Einsparungen im Sach- und Personalaufwand deutlich besser ab als geplant. Das Eigenkapital wächst und die Investitionstätigkeit bleibt stabil. Aber das Fremdkapital steigt auch und in Zukunft müssen wir ein Augenmerk auf die Abfallentsorgung legen, die deutlich negativer ausgefallen ist als geplant, und die Nachkredite stärker in den Fokus nehmen. Die FDP-Fraktion wird dieser Rechnung zustimmen und mahnt noch einmal zum umsichtigen und sparsamen Umgang mit unserer Gemeindefinanzen. Die werden in den nächsten Jahren noch genug vor Herausforderungen gestellt.

Wenger Sybille, SVP: Das Ergebnis der Jahresrechnung 2024 ist sehr erfreulich. Trotz der momentan herausfordernden Wirtschaftslage hat der Fiskalertrag um ein Steuerzehntel, 1,5 Millionen Franken, besser abgeschlossen als budgetiert. Wegen der Sanierung des Worbbodens muss mit den Einnahmen und Ausgaben nach wie vor haushälterisch umgegangen werden. Ohne Sanierung des Worbbodens müssten wir eine Senkung der Steueranlage prüfen. Wir danken der Finanzabteilung für ihre Arbeit

Cetin Mayk, EVP: Auch wir von der EVP-Fraktion danken für die Arbeit. Als ehemaliges Finanzkommissionsmitglied weiss ich, was alles dahintersteckt. Die Ausführungen von Daniela und auch von Daniel führen zu einer Frage, die ich gerne hier stellen will. Wir hatten einmal in den Unterlagen Prognosen, wo wir mit dem Eigenkapital und der langfristigen Finanzverbindlichkeit landen sollten nach 2027, also nach dem grossen Block. Existieren diese Zahlen noch? Gibt es diese Prognosen? Weil diese werden uns helfen strategisch und taktisch uns darauf vorzubereiten.

Burkhard Urs, Grüne: Die Jahresrechnung 2024 der Gemeinde ist grundsätzlich sehr erfreulich, entgegen dem Aufwandüberschuss resultierte ein stattlicher Ertragsüberschuss. Positiv aufgefallen sind das nahezu ausgeschöpfte Investitionsvolumen und die höher ausgefallenen Steuererträge entgegen der im Budget 2024 angewandten Kantonsprognose. Die Budgetwerte beim baulichen und betrieblichen Unterhalt wurden massiv unterschritten und da stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Warum. Die Spezialfinanzierungen sind bis auf die Abfallentsorgung gut unterwegs. Wird die Spezialfinanzierung Abfall Opfer des Erfolges bei der Plastiksammlung? Denn im Jahre 2024 wurden bereits 15 Tonnen Plastik gesammelt und diese Abfallgebühren fehlen nun in der Abfallkasse. Die Grüne Fraktion stimmt der vorliegenden Jahresrechnung 2024 zu und dankt der Verwaltung für die grosse Arbeit.

Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Finanzen: Es ist keine direkte Frage gestellt worden, ausser die Umrüstung auf LED. Die Frage kann ich nicht beantworten, aber das kann vielleicht Bruno machen. Den Wunsch nach strategischem Denken oder finanzieller Aussicht von Matthias, Daniela und Urs nehme ich gerne mit in die Finanzkommission und wir werden sicher etwas zu dem machen. Ihr wisst selbst, wie schwierig es ist, so etwas zu machen, weil wenn man ein Minus von mehr als 500'000 Million Franken budgetiert und schlussendlich landet, man glücklicherweise bei einem Plus von 2 Millionen Franken, ist das nicht einfach. Ihr alle wisst, wir bauen, wir haben mehr Wohnungen, aber das haben wir in der ASK und der GPK diskutiert. Wir haben natürlich die Mehreinnahmen auf der Steuerseite analysiert und wir haben keinen Unterschied zwischen 2023

und 2024 bei der Anzahl von steuerpflichtigen Personen. Der Unterschied ist einstellig, weniger als 10. Das heisst, die ganzen Mehreinnahmen, sind auf die gleiche Anzahl von Personen zurückzuführen, konjunkturell höhere Löhne gleich höhere Steuern. Es ist nicht so, dass wir plötzlich 30 Personen mehr haben, die Steuern zahlen. Die andere Frage: Wir haben so eine Prognose gemacht in Zusammenhang mit dem Geschäft Worb-boden, wo das gewünscht war, und wir werden die Grenze von 40 Millionen Franken Schuldengrenze sprengen, auch nach diesen guten Zahlen im Jahr 2024.

Fivian Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich habe die Antwort für Daniel Stucki betreffend der LED-Umrüstung. Das ist eine Frage, die mich selbst auch umgetrieben hat, was da genau passiert ist. Ich bin nach ein paar Recherchen heute auf die Antwort gekommen, im Juni 2021 ist vom Gemeinderat bereits ein Kredit für die LED-Umrüstung im Bärensaal bewilligt worden. Die Höhe des Kredits damals war bei 115'000 Franken und die Umrüstung hat nachher zwischen 2021 und 2023 stattgefunden. Damals hat man bei der Saalbeleuchtung die Lampe bei der hohen Saaldecke und die Lampe im Foyer aussen ausgewechselt und auch dabei hat man die alten, nicht alltäglichen Lampen, die hier hängen, aus ästhetischen Gründen nicht ausgetauscht, sondern man hat dort die Leuchtmittel ausgetauscht. Im Mai 2024 ist, wie von dir bereits angesprochen wurde Daniel, der Kreditantrag für die Umrüstung auf LED durch das Parlament abgelehnt worden. In diesem Geschäft ist aber die Umrüstung der FL-Röhren in den Büros und Sitzungsräumen vom Verwaltungsgebäude die Rede gewesen, vom Bärensaal ist, wie ich selbst nachgelesen habe, nicht die Rede gewesen. Eigentlich logisch, weil zu diesem Zeitpunkt die meisten Lampen im Bärensaal bereits ausgewechselt waren. Im September 2024 hat der Gemeinderat diverse Unterhaltsmassnahmen zur Ausführung zwischen 2024 und 2026 als Verpflichtungskredit bewilligt. In diesem Verpflichtungskredit ist unter anderem auch ein kleinerer Posten eingesetzt gewesen, um die restlichen Leuchten im Saal auf LED umzustellen. Das hat lediglich noch die Lampen auf der Galerie, den Durchgangsbereich unterhalb der Galeriedecke und die Verkabelung davon betroffen. Die Arbeiten sind im Jahr 2024 ausgeführt worden und entsprechen etwa dem Betrag, den du in der Jahresrechnung angesprochen hast. Man kann als Fazit zu dieser Frage festhalten, dass im GR und in der Verwaltung der Bärensaal und das Verwaltungsgebäude getrennt betrachtet wurden, insofern ist die Umrüstung auf LED im Bärensaal vom GR zum grössten Teil bereits vor Mai 2024 genehmigt worden und der kleine Teil Ende 2024 im Zug eines Kredits für diverse Unterhalts Arbeiten, die ebenfalls im Gemeinderat bewilligt wurden.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. a der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung per 31. Dezember 2024 mit Aktiven und Passiven von CHF 77'853'670.52 und einem Ertragsüberschuss von CHF 1'448'110.02 wird genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Ortsbuskonzept Worb; Pilotbetrieb: Ablehnung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 433	23.06.2025	5	2025/28-26	36159	31/40

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Graf Gregory, GPK: Die Botschaft beschreibt das Geschäft angemessen und umfassend. Die GPK hätte sich gewünscht, dass die Botschaft auch noch die Zusammenfassung der Mitwirkungsangabe enthalten hätte. Das Geschäft ist aber gut vorbereitet. Die GPK kann dem Parlament die Behandlung beantragen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich bin gebeten worden, am Anfang die Hintergründe der beiden nächsten Geschäften zu erläutern. Es geht um zwei komplett unterschiedliche Pilotprojekte, die das ÖV-Angebot von Worb verbessern sollen. Beide Projekte sind durch die Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM) ausgearbeitet und bei uns eingebracht worden. Es sind externe Geschäfte, die bei uns eingebracht worden sind. Beide Pilotprojekte lösen Kosten aus, die im Kompetenzbereich des Parlamentes liegen. Das ist der Grund, weshalb wir diese Geschäfte hier behandeln. Zum Ortsbus-Konzept. Die RKBM hat im Jahr 2018 den Bericht Oberes Worblental Abstimmung Siedlung und Verkehr erarbeitet und gemäss dieser Studie kann das Strassennetz in Worb und durch das Woblenental hindurch bis im Jahr 2030 durch den motorisierten Individualverkehr nicht mehr bewältigen. Das ist das Resultat dieser Studie. Was soll man machen? Ich zitiere aus dem Bericht. "Um eine Verlagerung zu erreichen, des Verkehrs, ist die markante Verbesserung von ÖV und Fuss- und Veloverkehrsangeboten notwendig. Entsprechende Projekte wie die Attraktivitätssteigerung der Bahnlinie S7 und die Alltagsveloroute Worblental sind bereits geplant. Diese beiden Massnahmen werden eine gewisse Verlagerung des Verkehrs erwirken." Und jetzt kommt es. "Eine weitere Massnahme zur Erhöhung des ÖV-Anteils ist die Einführung von neuen Ortsbuslinien. Im Vordergrund steht dafür die Gemeinde Worb. Ein Ortsbus in Worb könnte Abhilfe schaffen." Im Einverständnis mit dem Gemeinderat Worb hat die RKBM dann das vorliegende Ortsbuskonzept erarbeitet und genehmigt. Gemäss diesem Ortsbuskonzept werden insbesondere für Pendlerinnen und Pendler aus den Quartieren Lindhalde und Sonnhalde bessere Verbindungen für in die Agglomeration Bern geschaffen. Mit einem 4-jährigen Pilotprojekt soll nun getestet werden, ob und in welchem Ausmass dieses Pilotprojekt tatsächlich die Pendlerinnen und Pendler auf den ÖV verschieben kann. Wir als Gemeinde Worb stehen vor der konkreten Frage, ob wir dem Pilotprojekt zustimmen und bereit sind, den Betrag von insgesamt 670'000 Franken an den 4-jährigen Versuchsbetrieb zu leisten. Dieser Betrag steht in der Kompetenz des Parlamentes, es ist bei euch, dass ihr über diesen Kredit beschliesst. Für uns vom Gemeinderat, wir haben das aufgeschrieben, steht eine Ablehnung des Geschäfts im Vordergrund, denn gemäss unserer Einschätzung stehen die Kosten nicht im Einklang mit dem erwarteten Nutzen von diesem Ortsbus, aber das ist unsere Einschätzung, die Entscheidung liegt bei euch. Zum On-Demand-Angebot Mybuxi, das ist ein komplett anderes Geschäft, weil viele Dörfer und Weiler in unserem Kanton mit dem klassischen ÖV nicht sinnvoll und nicht wirtschaftlich erschlossen werden können, sollen zukünftig On-Demand-Angebote eingesetzt werden. Das sind kleine Fahrzeuge, die man auf Nachfrage per App oder mit dem Telefon bestellen kann. Die führen die Kundinnen und Kunden zu den nächsten Bahnhöfen. Im Auftrag des Kantons hat wiederum die Regionalkonferenz Bern-Mittelland gemeinsam mit vier weiteren Regionen des Kantons Bern geeignete Räume für derartige On-Demand-Angebote vertieft geprüft und man ist auf sechs Projekte gekommen, wo das durchaus Sinn machen könnte. Drei davon gehören zum Perimeter der RKBM, nämlich die Räume Gantrisch, Fraubrunnen und der Korridor Konolfingen-Langnau, wo Worb auch dazu gehört. Man hat die konkrete Ausgestaltung und die Kosten für diese Angebote ausgearbeitet und auch hier soll nun im Rahmen eines Pilotprojekts geprüft werden, ob das Angebot wirtschaftlich betrieben werden kann und ob es tatsächlich genutzt wird. Für uns steht die konkrete Frage im Vordergrund, ob wir als Gemeinde bereit sind, für dieses Pilotprojekt den Kostenbeitrag von insgesamt 191'000 Franken zu leisten. Beim Ortsbus geht es darum, die Pendlerinnen und Pendler von Worb Dorf auf den ÖV zu bringen und mit dem On-Demand-Angebot soll vorab in den nicht erschlossenen Gebieten ein besseres ÖV-Angebot geschaffen werden. Wir bringen beide Geschäfte gleichzeitig, damit das Parlament bewusst entscheiden kann, wo und wie der öffentliche Verkehr gefördert werden soll. Selbstverständlich gibt es hier kein Entweder oder, man kann machen, wie man will, man kann beiden Geschäften zustimmen oder man kann beide Geschäfte ablehnen oder einem zustimmen und das andere ablehnen, ihr seid völlig frei in der Entscheidung. Das sind die Erläuterungen, für die ich gebeten worden bin, dass ich die mache, bevor man auf die Debatte losgehen kann.

Gerber-Maillefer Myriam, Grüne: Überlasteter Strassenverkehr und Verkehrsunfälle, das kennen wir heute in der Gemeinde leider bestens. Bereits 2016 zeigt eine Studie der Regionalkonferenz Bern-Mittelland auf, dass Ortsbusse den Strassenverkehr entlasten. Offenbar gelangte die Konferenz zur Erkenntnis, dass in Worb dieser Nutzen besonders gross ist, weil anschliessend ein umfangreiches Ortsbus-Konzept für Worb erarbeitet wurde, inklusive öffentlicher Mitwirkung. Meine Damen und Herren, das ist unsere Chance. Der zunehmende Strassenverkehr lässt sich nicht leugnen. Die Sicherheit auf den Strassen, die Luft und die Lebensqualität werden

in Zukunft ohne Gegenmassnahmen nicht besser, sondern schlechter. Wollen wir dem mit der Begründung zu teuer nur zuschauen und uns später den Vorwurf gefallen lassen, wir hätten es verpasst, rechtzeitig etwas zu unternehmen? Nein, das wollen wir nicht. Denn jetzt haben wir die einmalige Chance, mittels Pilotbetrieb einen Ortsbus wieder einzuführen. Das heisst, wir probieren es vier Jahre aus und evaluieren danach den Pilotbetrieb. Wir vergeben uns nichts, im Gegenteil. Wir gewinnen Zeit und Geld, weil wir ein bestens erarbeitetes und geprüftes Konzept auf dem Tisch haben und wir decken ein Bedürfnis der Bevölkerung auf gute öffentliche Infrastruktur ab. Die Kosten von 670'000 Franken für vier Jahre Pilotbetrieb, also jährlich 167'000 Franken, sind akzeptable Kosten, für was man dafür erhält. Nämlich einen Ortsbus für 54% der Bevölkerung der Gemeinde Worb. Die Gemeinde Worb kann sich diese Kosten leisten. Was sich die Gemeinde nicht leisten kann, ist wegen dem Worboden Schulhaussanierung auf jegliche vorausschauende Projekte aus rein finanzieller Sicht zu verzichten. Aus all diesen Gründen stellen wir Grüne den Antrag, dem Projekt als Pilotbetrieb Ortsbus zuzustimmen und den Antrag habt ihr auf dem Tisch.

Hager Rolf, FDP: Die Fraktion der FDP ist der gleichen Meinung wie der Gemeinderat und die FIKO und lehnt den 4-jährigen Pilotbetrieb von 27 bis 30 ab. Hauptgrund sind Kosten- und Nutzenverhältnisse, die nicht stimmen. Worb hat in den letzten Jahren keinen Zuwachs bekommen. In den Quartieren Sonnhalden und Lindhalde sind keine grösseren Bautätigkeiten geplant. So dass es ein Argumente für Zuzüger wäre, dass Leute hierher ziehen. Von den Bewohnerinnen und Bewohner in diesen Quartieren würde das Angebot kaum genutzt werden. Das ist eine Annahme, man kann es so annehmen. Für diesen 4-jährigen Pilotversuch hat der Gemeinderat oder die Gemeinde Worb keine finanziellen Mittel in Anbetracht des Worbodens. Es ist nicht nur der Worboden, anschliessend kommt die Sonnhalde und nachher kommt noch dies und das. Worb hat einen sehr guten ÖV, mit maximal 10 Minuten Fussmarsch kann jede und jeder eine Haltestelle erreichen. Ich wohne an der Blümlisalpstrasse, ich wäre in einer Minute an einer Haltestelle, wo ich auf den Bus gehen könnte, in 10 Minuten bin ich im Dorf. Die nächsten grösseren Überbauungen, die Worb angeht, sind alle in einem gut erschlossenen Gebiet. Das ist die Braui, das ist die Sternenmatt, das ist die Verzinkerei und das ist Rüfenacht. Das sind alles grössere Überbauungen, die Mehrwert geben, da hoffen wir, dass die Leute hierher ziehen und die sind alle gut erschlossen. Daher ist der Bedarf nicht gegeben. Es ist einzig und allein ein nice to have.

Wirth Alfred, SP: 2008 war der Ortsbus im GGR schon einmal ein Thema. 18 Jahre später kann das Parlament wieder über einen Pilot für den Ortsbus Worb abstimmen. Der Ortsbus Worb war und ist ein Thema, für das sich die SP schon immer eingesetzt hat. Wir können nicht verstehen, dass der Gemeinderat in seiner Botschaft zum Schluss kommt, dieses Geschäft zur Ablehnung zu empfehlen. Die Fachleute, die das Konzept für den Ortsbus Worb im Auftrag der Regionalkonferenz Bern-Mittelland ausgearbeitet haben, streichen hervor, wie wichtig es ist, den motorisierten Individualverkehr durch ein optimiertes ÖV-Angebot zu minimieren. Der Ortsbus Worb ist genau ein solches Angebot. Wir sind den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde durch unsere Wahl verpflichtet, einen Pilotbetrieb des Ortsbusses zu ermöglichen. Sie sind diejenigen, die uns dann aufzeigen, ob es diesen Ortsbus braucht oder nicht. Hier zu sagen, dieses Angebot brauche es nicht, ist reine Spekulation. Wir sind uns bewusst, dass dies etwas kostet. Der Pilotbetrieb ist auf vier Jahre beschränkt. Falls der Pilotbetrieb nicht die gewünschte Akzeptanz des Angebots erfüllt, haben wir die Möglichkeit, dies zu beenden. Eine Aussage, die immer bemüht wird, ist, dass nicht alle davon profitieren können und wir uns das finanziell nicht leisten können. Der Finanzbericht heute Abend zeigt uns, dass wir sehr wohl noch Spielraum haben. Wir wollen eine attraktive Gemeinde sein, dies bedingt, dass wir vorausschauend Probleme anpacken und für die Zukunft für Mobilitätsfragen Lösungen erarbeiten und anbieten. Der Ortsbus Worb, ist so ein Angebot. Die SP Worb unterstützt dieses Angebot und wird für den Pilotbetrieb stimmen.

Hofmann Danilo, Mitte/GLP: Auch wir als Mitte/GLP-Fraktion haben über diesen Antrag Ortsbus diskutiert. Wir sind einstimmig zum Entschluss gekommen, dass wir dem Gemeinderat folgen werden, indem wir das nicht annehmen, aus Gründen, die schon genannt wurden. Einerseits aufgrund der Kosten, aber auch, dass Worb bereits ein gutes ÖV-System hat, bei dem man innerhalb von 10 Minuten, wie es auch schon genannt wurde, überall Anschluss findet und somit auch die Spekulation hatten, dass es nicht so genutzt werden würde, wie man sich das überlegt hat.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Auch wir von der SVP-Fraktion haben das Geschäft diskutiert. Für uns sprechen vor allem folgende wichtige Gründe gegen die Annahme des Pilots. Man kann hin und her diskutieren über Studien, wie man will. Wir haben unser Zweifel, dass in einem so bescheidenen Radius, in dem sich der Ortsbus

hier in der Gemeinde Worb bewegen würde, schlussendlich einigermaßen viele Leute den Ortsbus brauchen würden und es doch, ein erträgliches Kosten-Nutzen-Verhältnis bestehen würde. Die Kosten von so einem Pilot sind aus unserer Sicht im Moment zu hoch. Was auch sehr fraglich ist, wenn die Gemeinde Worb, so plus minus als einzige Gemeinde, einen solchen Ortsbus führt, welchen die Leute benutzen, sind wir nicht ganz sicher, ob das der Individualverkehr im Worblental rettet. Wahrscheinlich eher nicht, respektive, möchte ich damit sagen, dass das eher einen kleinen Einfluss hat. Wir alle zusammen wissen, dass auf uns, in der Gemeinde Worb, enorme finanzielle Herausforderungen zukommen werden, ein paar sind heute Abend schon genannt worden. Ein paar noch nicht und die kommen auch noch. Deshalb glaube ich, für solche nice to have-Projekte wie der Ortsbus, ist es im Moment nicht die Zeit dafür. Aus unserer Sicht sicher kein Thema. Ich stelle fest, dass die Meinungen bezüglich der finanziellen zukünftigen Möglichkeiten unserer Gemeinde hier drinnen ein bisschen auseinander gehen. Ich selber bin heute Abend zuversichtlich, dass die Mehrheit in diesem Haus das gleich sieht wie wir und den Pilot mit uns zusammen ablehnt.

Cetin Mayk, EVP: Auch wir haben lange über dieses Geschäft diskutiert. Ein Pilot hat grundsätzlich den Vorteil, dass man Erfahrungen sammelt. Da muss man nicht mit Annahmen arbeiten, Rolf, man sieht es effektiv in vier Jahren. Grundsätzlich das Konzept an sich, an dem könnte man gut pilotieren, aber wir sind sehr kritisch gegenüber dem Zeitpunkt und auch aufgrund der Kosten. Von daher denken wir, so ein Pilot kommt zum falschen Zeitpunkt aktuell, insbesondere weil wir wissen, was vor uns steht, darum werden wir ihn so ablehnen.

Antrag der Grüne-Fraktion:

Die Grünen Worb stellen den Antrag den Pilotbetrieb Ortsbus gemäss Beschlussesentwurf (Punkt 11) des Traktandums 5 "Ortsbuskonzept Worb" zu bewilligen.

Der Antrag der Grüne-Fraktion auf Annahme des Geschäftes wird dem Antrag des Gemeinderates auf Ablehnung des Geschäftes gegenüber gestellt.

Der Antrag des Gemeinderates auf Ablehnung des Pilotbetriebes wird mit 25 zu 12 Stimmen gutgeheissen.

Beschluss:

Die Einführung des Ortsbusses Sunnhalde – Lindhalde als vierjährigen Pilotbetrieb für die Jahre 2027 bis 2030 wird abgelehnt.

(Ratspräsident Stephan Zingg gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 21.25 bis 21.36 Uhr. Der Protokollführer)

Mybuxi; Pilotbetrieb Region Worb-Konolfingen-Grosshöchstetten: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 433	23.06.2025	6	2025/28-27	38284	37/1

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Gerber-Maillefer Myriam, GPK: Die GPK stellt fest, dass das Geschäft Mybuxi gemäss Prüfungsraster der GPK umfassend, sachlich und strukturiert bearbeitet worden ist und die Zweckmässigkeit des Themas begründet wird. Die GPK erwartet noch vom zuständigen Gemeinderat die Beantwortung folgender Frage, wie viele Gemeinden mindestens teilnehmen müssen, damit der Versuchsbetrieb tatsächlich eingeführt werden kann? Die GPK beantragt dem Parlament, die Kreditbewilligung zum Pilotbetrieb Mybuxi zu behandeln.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: On-Demand kann man auf Deutsch übersetzen auf Abruf, auf Anforderung, auf Anfrage oder ganz einfach bedürfnisgerecht. Auf die Mobilität in unserer Region bezogen, heisst das eine Mischung aus Bus und Taxi. In diesem Geschäft geht es um ein überregionales Projekt, um einen Pilotbetrieb von Mybuxi für die Region Worb, Konolfingen und Grosshöchstetten. Im Ganzen sind es 11 Gemeinden. Im Jahr 2022 führten wir in Worb einen Workshop zum Thema Mobilität durch, mit Personen aus Politik, Bevölkerung und aus der Wirtschaft. Dort wurden viele Massnahmen diskutiert, die für die Gemeinde Worb einen positiven Einfluss haben könnten. Als zentrales Themenfeld wurde die Mobilität in der Region bedürfnisgerecht, flexibel und multimodal festgemacht. Der Kanton hat den Prozess zur Einführung eines On-Demand-Systems eingeleitet. In der Machbarkeitsstudie kam heraus, dass die Region Worb, Konolfingen, Grosshöchstetten, durchaus weiter zu verfolgen ist. Alle 11 beteiligten Gemeinden haben eine Absichtserklärung genehmigt, dieses Projekt weiter zu verfolgen. Stand heute sind noch alle Gemeinden mit dabei. Wie in Worb müssen teils die Kredite noch vom zuständigen Organ genehmigt werden, Gemeinderat oder Gemeindeversammlungen. In Worb können wir von diesem Angebot durchaus profitieren. Wir haben doch Aussenorte, die nur schlecht oder gar nicht vom ÖV erschlossen sind. Die Mobilität wird sich in Worb für alle Bewohner deutlich verbessern. Nicht nur innerhalb von Worb sehe ich Vorteile. Schlussendlich endet die Mobilität nicht an der Gemeindegrenze. Ganz wichtig erscheint mir auch als Zentrumsgemeinde, dass die Besucher aus der Region ganz einfach und flexibel zu uns kommen können. Worb hat mit seinen Sportangeboten, den Einkaufsmöglichkeiten und den vielen guten Restaurants viel zu bieten. Das weitere Vorgehen sieht folgendermassen aus. Die Gemeinden handeln mit Mybuxi einen Leistungsvertrag aus. Mybuxi wird zuständig für die freiwilligen Fahrer sein, die sich in einem Verein organisieren. Im Herbst planen wir eine Bevölkerungsumfrage, wo unter anderem der Bedarf an digitalen Haltepunkten erfragt wird oder auch die Mitarbeit im Fahrerteam. Die Umfrage hat sich in anderen Regionen bewährt und wird von Mybuxi zur Verfügung gestellt. Nach dem Grossratsentscheid wird es Infoveranstaltungen für die Bevölkerung geben, wo das Projekt detailliert vorgestellt wird und die Bedürfnisse abgeholt werden, vor allem für die Haltepunkte. Der Start des Mybuxi ist dann auf Januar 2027 geplant. Natürlich sind dann jährliche Auswertungen durchzuführen. In den nächsten Jahren wird sich die Mobilität in diesem Bereich schnell weiterentwickeln und es werden sich noch mehr Gemeinden dazu anschliessen, ein solches Angebot einzuführen. Sobald die bestehenden Regionen durch weitere Gemeinden verbunden sind, erweitert sich der Radius, in dem wir uns mit Mybuxi bewegen können. Packen wir also die Chance, sozial, wirtschaftlich und ökologisch einen Schritt vorwärts zu machen und stimmen dem Verpflichtungskredit zum Pilotbetrieb zu. Ich komme zur Frage der GPK. Die Frage war, wie viele Gemeinden müssen dabei sein. Unter den Gemeinden, unter den 11 Gemeinden wurde ein Verteilschlüssel abgemacht. Deshalb kommt es nicht unbedingt auf die Anzahl Gemeinden an, die mitmachen, sondern welche Gemeinden nicht mitmachen. Zum Beispiel sollte einer der drei grossen Gemeinden, Worb, Konolfingen, Grosshöchstetten nicht mitmachen, sieht das etwas anders aus, als wenn eine kleinere nicht mitmachen würde. Falls eine Gemeinde austritt oder im Gegenzug eine weitere Gemeinde dazukommt, braucht es einen neuen Entscheid der beteiligten Gemeinden.

Wyss Ursula, SP: Spekulation ist gut, ein Praxistest ist besser. Gut, dass wir hier und heute als Worber Parlament gleich zwei Vorlagen behandeln dürfen, die einen Pilot ermöglichen würden. So könnten wir herausfinden, was Worberinnen und Worber wirklich wollen. Packen wir die Chance im Fall von Mybuxi. Als dezentraler Ort hat Worb seine eigenen Herausforderungen. Eine davon ist es, die Mobilität für die gesamte Bevölkerung zureichend zu ermöglichen. Alle von uns müssen hin und wieder zur Ärztin, zum Zahnarzt oder in die Apotheke. Dazu kommen Termine bei der Bank oder man muss zur Post. Aber nicht alle von uns können oder dürfen selbst Auto fahren. Zu dieser Personengruppe gehören unter anderem auch vulnerable Personen. Es ist wichtig, dass diesen Personen eine Möglichkeit gegeben wird, ihre Destinationen zu erreichen, auch wenn sie in einem Aussenort wohnen. Hier verspricht Mybuxi eine Lösung, damit Personen unkompliziert ihre Termine und Erledigungen organisieren können. Wir finden es gut, dass Mybuxi nicht nur via App, sondern auch per Telefonanruf bestellt werden kann. Das macht das Angebot sehr einfach zugänglich. Die SP-Fraktion ist dafür, dass wir dieses interessante Angebot testen. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Graf Gregory, FDP: Die Idee, neue Mobilitätsformen zu prüfen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Insbesondere dort, wo Versorgungslücken bestehen. Doch das ist in Worb nicht der Fall. Worb ist kein Randgebiet. Worb ist bereits heute sehr gut erschlossen und deshalb ist ein On-Demand-System wie Mybuxi nicht sachgerecht. Im Bericht unter Punkt 3 Erfolgsfaktoren steht, ein On-Demand-Angebot ist vor allem dort sinnvoll, wo das Gebiet nicht oder nur eingeschränkt durch den öffentlichen Verkehr erschlossen ist. Das trifft für Worb nachweislich

nicht zu. Worb ist hervorragend mit dem öffentlichen Verkehr vernetzt, Bahnlinien, Busanschlüsse, kurze Taktzeiten und gute Umstiegs Möglichkeiten. Notwendigkeit eines ergänzenden Systems ist somit nicht gegeben. In Worb gibt es bereits On-Demand-Angebote, beispielsweise in Form klassischer Taxis. Diese funktionieren marktgetrieben und ohne staatliche Subventionen. Mit Mybuxi würden wir durch Steuergelder finanziert, ein Konkurrenzangebot schaffen. Das ist ein klarer Eingriff in den Wettbewerb und in die Benachteiligung all jener Anbieter, die heute mit eigenem Risiko und ohne öffentliche Unterstützung unterwegs sind. Das ist nicht fair. Das Mybuxi-Angebot basiert auf der freiwilligen Arbeit von 20 bis 30 Fahrerinnen und Fahrern. Diese Kräfte sind nicht unbegrenzt verfügbar. Organisationen wie das Rote Kreuz oder die Feuerwehr sind genau auf dieselbe Gruppe von engagierten Personen angewiesen. Ein neues subventioniertes Angebot könnte hier zu einer Verlagerung des freiwilligen Engagements führen, mit direkter negativer Auswirkung auf bestehende bewährte und unverzichtbare Strukturen. Das Fazit ist, das Pilotprojekt ist gut gemeint, aber es ist nicht gemacht für unsere Gemeinden. Der Standort passt nicht zum Zielpublikum und es ist wirtschaftlich nicht überzeugend. Darum stimmen wir, die FDP, für die Ablehnung des Kredits.

Ataç Sengül, Grüne: Das On-Demand-Angebot Mybuxi ist ideal für alle, welche ein besonderes Bedürfnis an Transportmitteln haben, ohne selbst fahren zu müssen. Seien es Gebiete, welche nicht am öffentlichen Verkehr angeschlossen sind, wie zum Beispiel Wattenwil-Bangerten, Wislen, Dentenberg und Holti oder Personen, welche aus eigener Kraft keine öffentliche Haltestelle erreichen können, wie zum Beispiel betagte Personen aus unserer Gemeinde. Betagte Personen sind 65 Jahre alt und älter. In Worb entspricht dies circa 20% der Bevölkerung, das darf nicht unterschätzt werden, oder Personen, die einen sicheren Transport benötigen, wie zum Beispiel Kinder nach dem Abendtraining abholen oder auch eine Kombination aus allen genannten Situationen. Mybuxi ermöglicht somit den Zugang zu öffentlichem Transport für eine erweiterte Gruppe von Menschen, welche besondere Bedürfnisse haben. Auch für deren Umfeld ist MyBuxi eine Entlastung. Zum Beispiel können Angehörige via Mybuxi einen Transport zum Coiffeur organisieren oder zum Arzt, ohne selbst vor Ort gehen zu müssen. Offensichtlich entsprechen solche On-Demand-Angebote einem Bedürfnis der Bevölkerung. Andere Gebiete, Regionen machen gute Erfahrungen mit diesem Angebot und planen dessen Ausbau. Der geplante Pilotbetrieb mit freiwilligen Fahrerinnen und Fahrern ist verhältnismässig günstig und erlaubt unserer Gemeinde Erfahrungen zu sammeln, um die regionale Zusammenarbeit im Bereich Personentransport zu stärken. Es ist eine Win-Win-Situation zum Aktionspreis von 191'000 Franken für eine Dauer von vier Jahren, also 47'750 Franken pro Jahr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann sich Worb wirklich leisten und Worb soll es sich leisten. Denn wir wollen uns entwickeln und Randgebiete besser erschliessen. Wir wollen die Selbstständigkeit unserer Bevölkerung fördern und wir wollen in der Gemeinde attraktive Lebensbedingungen fördern. Deshalb ist für uns Grünen klar, wir unterstützen den Pilotbetrieb Mybuxi und wir werden dem Antrag auf Einführung zustimmen.

Hofmann Danilo, Mitte/GLP: Auch wir als Mitte/GLP-Fraktion haben das Geschäft Mybuxi diskutiert. Für uns ist es ein attraktives Geschäft. Besonders interessant ist das Angebot für die Aussenorte der Gemeinde Worb, genau die, die nicht einen guten ÖV-Anschluss haben. Wie wir schon gehört haben, dient es den betagten Leuten in unserer Gemeinde. Weiter ist Mybuxi für alle Gebiete der Gemeinde da, es hört aber nicht dort auf, sondern es ist auch in den anderen Gemeinden, die mithelfen, mit denen wird es verbunden sein, so kann man auch längere Strecken mit dem Mybuxi unterwegs sein. Zudem haben wir Referenzen aus anderen Gemeinden, die das auch schon brauchen, zum Beispiel die Region Belp-Gantrisch, wo es positive Referenzen davon gibt. Wir hoffen natürlich darauf, dass die anderen Gemeinden auch mitmachen. Wie wir gehört haben, macht es an den Kostengründen nicht viel aus. Man profitiert davon, wenn man in die verschiedenen Gemeinden fahren kann und deswegen hoffen wir auch, dass die anderen Gemeinden mithelfen. Wir haben uns innerhalb der Fraktion Mitte/GLP einstimmig dafür entschieden, die Kreditbewilligung anzunehmen.

Cetin Mayk, EVP: Man könnte mit dem Geschäft von den Vorteile eines Piloten profitieren. Man hat deutlich ein geringes Risiko von den Finanzen her und ein Pilot ist so konstruiert, dass man sich auch frühzeitig aus dem Pilot verabschieden kann, wenn gewisse Dinge nicht erfolgsversprechend daherkommen. Wenn man beispielsweise nicht die Fahrer hinbringt oder wenn das Ganze nicht mehr unseren Vorstellungen entspricht. Da ist auch wichtig zu verstehen, dass man einen Piloten jederzeit abbrechen kann, meinem Verständnis nach. Gregory, Worb ist sehr gut erschlossen, aber nicht alle acht Ortschaften der Gemeinde, vielleicht muss man es präzisieren. Wir werden den Piloten ebenfalls unterstützen.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Aus unserer Sicht hat das Geschäft durchaus positive Punkte, zum Beispiel die bessere Erschliessung von den Aussenbezirken, aber auch, dass so ein Pilot in etwas Kleinem beginnen wird, ohne dass man eine grosse Kostenblase aufbläst, die nachher schon nach einer kurzen Zeit in sich selbst zerplatzt. Das sind Punkte, die uns sehr gefallen. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die Fahrer doch sehr viel freiwilliges Engagement einbringen müssen und einen Berner Über wollen wir ja dann alle zusammen sicher nicht. Auch wenn das etwas ist, das sind wir uns bewusst, nicht schon bereits seit Jahren im Finanzplan einstellen konnten, wünschen wir uns trotz allem, dass sämtliche Begehren soweit das möglich ist und so früh, dass das möglich ist, auch in die Zukunft in den Finanzplan hineinkommen. Auch hier müssten wir Geld ausgeben. Wir haben uns mit einem ganz leichten Übergewicht dafür entschieden, dass wir die Vorlage ablehnen werden, weil wir der Meinung sind, dass man das Geld, auch wenn es viel weniger ist als beim letzten Geschäft, Momentan sinnvoller einsetzen können.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 24 zu 12 Stimmen bei 1 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für die Einführung des On-Demand-Angebots in der Region Worb-Konolfingen-Grosshöchstetten als vierjährigen Pilotbetrieb für die Jahre 2027 bis 2030 wird ein mehrjähriger Verpflichtungskredit von CHF 195'000.00 zu Lasten der Erfolgsrechnungen für die Jahre 2027 bis 2030 bewilligt.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Zusammenarbeit mit der Zivilschutzorganisation Aaretal; Dienstleistungseinkauf bei der Einwohnergemeinde Münsingen: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 433	23.06.2025	7	2025/28-28	39212	54/30/0

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Jorio Marco, GPK: Die Vorlage zeigt gemäss der Meinung der GPK klar und deutlich die prekäre personelle Lage in unserer Zivilschutzorganisation Worb-Bigenthal auf. Die Bestände sinken und daher ist es einleuchtend, dass Kooperationen mit benachbarten ZSO gesucht werden, so etwa bei der Beschaffung von Material und Fahrzeugen. Das soll nun auch im personellen Bereich passieren. Soweit ist der GPK alles klar. Unklar war aber der GPK, wie das nun ablaufen soll. Das Geschäft ist als Dienstleistungseinkauf betitelt, da hat die GPK erwartet, dass wie bei jedem Einkauf eine Liste der einzukaufenden Produkte und deren Preis aufgeführt wird. Stattdessen wird ein Vergleich zwischen heute und künftig auf Seite 2 vorgestellt. Was kaufen wir nun zu welchem Preis ein? Nicole Geser hat uns in einem Brief aufgeklärt. Worb baut 110 Stellenprozente ab und kauft in Münsingen etwas weniger, nämlich 100 Stellenprozente ein. 30% Kommando, 40% Geschäftsstelle und 30% Mitarbeiter. Das ergibt dann die aufgezeigte Kosteneinsparung von rund 20'000 Franken. In Worb wird Personal abgebaut und das wird ersetzt durch eingekauftes Personal in Münsingen. Es sieht nach einer Fusion aus. Es handelt sich aber nicht um eine Fusion der Kader der beiden ZSO, aber es ist sicher ein erster Schritt dazu. Nachdem der GPK das Vorhaben dieser Personalverschiebung klar geworden ist, beantragt er euch, das Geschäft zu behandeln.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Alle Zivilschutzorganisationen stehen vor grossen Herausforderungen. Die Rekrutierungszahlen sind seit Jahren rückläufig und es liegt auf der Hand, dass wir die Aufgaben im Bevölkerungsschutz, je länger, desto mehr, nur in Zusammenarbeit mit Nachbarorganisationen erfüllen können. In einigen Jahren könnte eine Fusion erforderlich werden, wenn sich die Personalbestände weiterhin ungünstig entwickeln. In dieser Situation ist es unsere Pflicht, vorausschauend zu handeln. In Punkt 1.3 des Geschäfts wird beschrieben, welche Vorkehrungen bereits getroffen worden sind, um die Zusammenarbeit zu vertiefen und zu verstärken. Der Gemeinderat hat beschlossen, auf eine Neubesetzung der Geschäftsstellenleitung und des stellvertretenden Kommandanten in Worb zu verzichten und stattdessen die Dienstleistungen bei der Gemeinde Münsingen einzukaufen. Es handelt sich, wie ausgeführt, um die Stellvertretung im Kommando zu 30%, Geschäftsstelle 40%, technische Dienstleistungen 30%. Die Leistungen sind im Anhang 1 des Vertrags, der euch vorliegt, im Detail aufgeführt. Mit dem Dienstleistungseinkauf in Münsingen werden 10 Stellenprozente eingespart. Die Gegenüberstellung des jetzigen Zustands zum künftigen Zustand wird unter Punkt 4 des Antrags dargestellt. Die Kosten sind dann unter Punkt 5 ersichtlich. Sie belaufen sich auf rund 110'000 Franken. In Punkt 5 werden ausserdem die aktuellen Kosten und jene bei einem Einkauf erklärt. Durch dieses teilweise Zusammengehen mit der Zivilschutzorganisation Aaretal können wir unsere Kräfte bündeln und Synergien nutzen, ohne aber unsere Selbstständigkeit aufzugeben. Die Vorteile liegen auf der Hand. Wir erhöhen die Effizienz der Abläufe, sichern die Einsatzfähigkeit auch bei Abnehmender Personaldecke und senken die wiederkehrenden Kosten. Der Kreditrahmen liegt bei über 100'000 Franken jährlich und fällt in die Zuständigkeit des Parlaments. Der Entscheid steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Gemeinde Münsingen und ich bitte euch deshalb auch, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Wir behalten so eine tragfähige, nachhaltige Lösung zur Sicherung des Bevölkerungsschutzes in unserer Region.

Marchand Andy, FDP: Ich nehme gerne Stellung und ergänze noch, was Urs gerade gesagt hat. Ich spreche als Zivilschutzinstruktor und als langjähriger Zivilschutzkommandant in der Stadt Bern. Ich glaube, was man dem Geschäft wirklich abgewinnen kann, ist eigentlich folgende zusätzliche Überlegung, die in diesen Papieren gar nicht zum Vorschein kommt. Urs hat gesagt, der Personalarücklauf in den Zivilschutzorganisationen sei gross. Ja, das stimmt, aber das war auch so gewollt. Wenn man historisch schaut. Nach dem Ende des kalten Krieges hat man sich dafür entschieden, die Luftschutztruppen zu reduzieren. Auf ein Minimum dafür, klein, aber fein, war so das Motto und man hat in den Zivilschutzorganisationen dafür gesorgt, dass man mit einem kleinen Bestand gewisse Sachen erledigen kann. Auf nationaler Ebene diskutieren wir im Moment darüber, dass sich die Bedrohungslage in der Schweiz verändert. Man diskutiert darüber, ob man den Zivildienst reduzieren soll und dafür dem Zivilschutz und dem Militär wieder neues Personal zuführen will. Die Stadt Bern hat, das schon lange realisiert. Die Stadt Bern hat schon früher damit angefangen, sich selbst zu vergrössern. Auch da mache ich historisch einen kleinen Ausschwenker. Früher waren die Zivilschutzorganisationen rein kommunal organisiert. Man hat sich dann dafür entschieden, zu regionalisieren und jetzt geht es im Moment, und das ist der Wille des Kantons auch darum, überregionale Kooperationen zu suchen und mit diesen Kooperationen oder diesen Zusammenarbeiten insgesamt auf Bataillonsgrösse zu kommen. Im Moment sind wir hier noch nicht auf Bataillonsgrösse. Die Stadt Bern hat es gemacht. Die Stadt Bern hat sich zur Organisation BernPlus vergrössert und hat sich 15 umliegenden Gemeinden einverleibt. Wir grenzen an sie an, also die Gemeinde Allmendingen, die Gemeinde Muri, die gehört mittlerweile schon zur Stadt Bern. Ich habe mir überlegt, warum sucht man die Zusammenarbeit mit Münsingen und könnte sich nicht gleich den Grossen anschliessen? Die Überlegung ist vernünftig, dass wir oder die ZSO Worb-Bigenthal tendenziell Richtung Münsingen, Richtung Emmental schaut, was die Kooperation angeht, weil dahinten haben wir einen Koloss, der steht vor ganz anderen Herausforderungen, zivilisatorischen Herausforderungen, die die Hauptstadtregion betreffen, die hier nicht den gleichen Einfluss haben. Meine Rücksprache mit dem jetzigen Kommandanten hier hat ergeben, die Synergien sind schon da. Man arbeitet im KGS, also im Kulturgüterschutz zusammen. Es ist eine gute Zusammenarbeit vorhanden und es ist ein sehr vernünftiger Schritt, wenn man hier in diesem Zusammenhang die Möglichkeit gibt, diese Zusammenarbeit zu vertiefen mit Blick auf eine mögliche Fusion, wie sie dann vom Kanton sowieso nächstens gewünscht wird. Ich bitte euch auch aus fachlicher Sicht, diesem Antrag zuzustimmen. Er macht absolut Sinn, auch wenn vielleicht die 20'000 Franken oder so, die man sich sparen kann, die sind immer auch noch abhängig, wie lange ist eine Person schon im Amt, ist es eine jüngere Person oder eine ältere Person, was hat sie für einen Lohn, aber, das spielt hier gar keine Rolle. Es ist der richtige Schritt, dass

man diese Zusammenarbeit jetzt fördert in Bezug auf den Bevölkerungsschutz, wie wir ihn im Moment brauchen und deshalb befürworte ich das sehr und werde sicher persönlich und auch wir als Fraktion diesem Antrag zustimmen.

Günther Charlotte, SP: Bereits jetzt arbeiten die Zivilschutzorganisationen Worb-Bigenthal und Aaretal sinnvollerweise zusammen und nutzen wo möglich bestehende Synergien. Dass diese Zusammenarbeit nun gestärkt werden soll, begrüßen wir vor allem, weil die Zahl der Zivilschützer insbesondere in der ZSO-Worb-Bigenthal in nächster Zeit stark zurückgehen wird. Dadurch, dass die Ämter des Kommandanten sowie des stellvertretenden Kommandanten und der Geschäftsstelle auf Worb und Münsingen verteilt werden sollen, werden beiden Gemeinden wichtige Kompetenzen zugeteilt, was essenziell für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ist. Dass durch den Einkauf der Dienstleistungen in Münsingen Stand jetzt sogar Einsparungen erfolgen, begrüßen wir als positiven Nebeneffekt natürlich sehr. Ich kann mich kurz halten, da wir es als sinnvoll erachten, bestehende Synergien zu nutzen und zu stärken und dies sowohl für die Funktionalität der ZSO wichtig als auch für die Gemeinde Worb finanziell sinnvoll ist, unterstützen wir von der SP-Fraktion den Dienstleistungseinkauf.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Auch wir von der SVP-Fraktion werden dem Zusammenarbeitsvertrag zustimmen. Wir gehen davon aus, dass die zukünftigen personellen Herausforderungen so oder so irgendwann weitere Schritte notwendig machen werden. Zumindest was die Geschäftsstelle betrifft, liegt die Hoheit bei Münsingen. Es ist aber schon jetzt eine enge Zusammenarbeit. Da gehen wir mit einer positiven Einstellung davon aus, dass die Zusammenarbeit auch in Zukunft mit dem unterschriebenen Papier weiterhin gut funktioniert.

Burkhard Urs, Grüne: Wenn sich bestehende und bewährte Zusammenarbeitsmodelle bei Veränderungen verbessern lassen und Ressourcen optimierter genutzt werden können, sollte diese Gelegenheit genutzt werden. Das vorliegende Geschäft macht aus Sicht der Grünen-Fraktion Sinn, ist zukunftsgerichtet und erlaubt, bei Bedarf auch weitere Aufgaben und oder Tätigkeiten gemeinsam mit der Gemeinde Münsingen im Rahmen der Zivilschutzorganisationen auszuüben. In dem Sinne befürworten wir dieses Geschäft und verdanken die strukturierte und übersichtlich gestaltete Geschäftsvorlage.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/GLP: Die Mitte/GLP-Fraktion begrüße das sehr. Ich habe, als ich das aufgeschrieben habe, nicht gerade das ganz richtige Wort dafür erwischt, ich habe nämlich etwas von einer Zusammenlegung geschrieben. Im Moment ist es eher eine Zusammenarbeit und geht davon aus, dass es zu einer Zusammenlegung kommen wird, wie wir heute gehört haben. Wir finden das sehr sinnvoll. Zu bedenken gibt es, dass die Personenzahlen zurückgehen, die Zivildienste leisten, das kommt aber von dem Gesetz her, das geändert hat. Wir wissen aber auch nicht, ob es nicht mehr so viele Leute hat, die das machen können. Positiv ist, dass wir sicher etwas Geld einsparen können. Wir müssen dort daran denken, wenn es Personalabbau gibt, braucht das auch weniger Prozent in der Führung. Es kann sein, dass dann dort Prozente zurückgehen. Das findet unsere Fraktion sehr wichtig, dass man das anschaut, das gehört auch dazu und wir werden dem Kredit zustimmen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 37 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. c der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die jährlich wiederkehrenden Ausgaben für den Dienstleistungseinkauf im Bereich Zivilschutz gelten als bewilligt und sind in das jeweilige Budget aufzunehmen.
2. Vorbehalten bleibt die Zustimmung der Gemeinde Münsingen zum geplanten Dienstleistungseinkauf.

3. Vorbehalten bleiben
- eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 33
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35
- der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
4. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Sportzentrum Worb AG: Wie weiter?"; Interpellation der Mitte/GLP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 433	Datum 23.06.2025	Traktandum 8	Beschlusnummer 2025/28-29	Geschäftsnummer 39066	Archivnummer 10/10/11
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	--------------------------

Detailberatung

Jost-Pfister Catarina, Mitte/GLP: Die Mitte/GLP-Fraktion dankt für die Stellungnahme, die wir mit Interessen gelesen haben. Als wir das behandelt haben, sind manche Dinge noch nicht klar gewesen. Man kann sagen, wir haben morgen eine Sitzung der nicht ständigen Kommission und das ist wichtig, dort hat sich etwas geändert. Ich möchte auf einen Punkt eingehen, wo wir eine Frage hatten. Ich möchte das auch hier deponieren für unsere Fraktion. Das kommt am 8. September ins Parlament zur Abstimmung, es geht um einen Kredit von 500'000 Franken, um die Liquidität bis nächsten Frühling zu sichern. Wir haben uns dort die Frage gestellt, ob das reicht. Es ist eine etwas spezielle Frage, aber wenn man geben muss, man möchte das ja gerne erhalten, wie sieht es dann nachher aus? Dann müsste man logischerweise viel mehr Eintritte haben, dass man das Loch decken kann. Wie das ist, wissen wir nicht. Wir haben morgen eine Sitzung, die sicher eine sehr wichtige Sitzung ist, und dann sehen wir weiter. Uns ist wichtig, dass wir schnell vorwärts machen. Es braucht seine Zeit, bis man die Sachen aufgegleist hat, das kann man nicht von heute auf morgen. Unserer Fraktion ist es wichtig, dass man dort dranbleibt. Wir sind gespannt, was morgen rauskommt.

Beschluss:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der Mitte/GLP-Fraktion mit dem Titel "Sportzentrum Worb AG: Wie weiter?" wird Kenntnis genommen.

"Sichere Velowegverbindung zwischen Migros- und Rubigenkreisel", dringliches Postulat der Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 433	Datum 23.06.2025	Traktandum 9	Beschlusnummer 2025/28-30	Geschäftsnummer 39206	Archivnummer 31/23/2
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Gerber-Maillefer Myriam, Grüne: Eigentlich ist es logisch, wenn auf mehreren Parzellen entlang der Rubigenstrasse Neubauten entstehen sollen, dann gilt es, die Gelegenheit zu nutzen, um Bedingungen für den Bau der längst fälligen Velowegverbindung von Worb-Dorf zum Rubigenkreisel und weiter Richtung Worb-SBB zu schaffen. Dieses seit Jahren vom Kanton geplante und als wichtig eingestufte Projekt der Velowegverbindung zwischen Worb-Dorf und Worb-SBB muss jetzt in Bewegung kommen. Es liegt auf der Hand, dass es in Zukunft keine bessere Gelegenheit mehr geben wird, innerhalb vom Dorf die Rahmenbedingungen für eine Velowegverbindung zu schaffen. Schliesslich will wohl niemand, dass am Ende der Kanton sagt, es habe zu wenig Platz für die Realisation eines Veloweges. Wenn jetzt also unser Gemeindepräsident mit der vollen Unterstützung aus der Worber Politik immer wieder mit Nachdruck und ohne lockerlassen beim Kanton vorstellig wird, dass diese Velowegverbindung endlich gebaut wird, dann können wir nur gewinnen und kosten tut es nichts. Lasst uns das dringliche Postulat als erheblich erklären.

Maurer Rolf, SP: Vielen Dank an den Gemeinderat für die Antwort auf das dringliche Postulat der Grünen-Fraktion sichere Velowegverbindung zwischen Migros und Rubigenkreisel. Die Strecke Worb-SBB nach Worb Dorf ist eine wichtige Verbindung für den Veloverkehr. Da sie stark frequentiert ist und insbesondere auch als

Schulweg genutzt wird, besteht dringender Handlungsbedarf zur Verbesserung der Sicherheit. Mit den geplanten Überbauungen alte Käserei und Sägesser Areal besteht jetzt die einmalige Gelegenheit, die notwendigen Anpassungen kostengünstig und effizient vorzunehmen. Wir bitten euch daher, diese Chance wahrzunehmen und dieses dringliche Postulat der Grünen-Fraktion als erheblich zu erklären.

Lanfranconi Elena, FDP: Auch der FDP-Fraktion liegt das Thema Mobilität am Herzen. Auf den Strassen muss es für alle Verkehrsteilnehmenden Platz haben und wir finden, dass das aktuell auch der Fall ist. Ich fahre diese Strecke selbst auch regelmässig mit dem Velo und das funktioniert sehr gut. Für die, die lieber nicht auf der Hauptstrasse fahren wollen, gibt es den Feldweg zwischen der Kreuzung Trimmsteinstrasse, Richigenstrasse und Rubigenstrasse. Von da aus kann man auf das Trottoir abbiegen und auch so sicher nach Worb SBB kommen oder wieder zurück. Aus diesem Grund werden wir das Postulat nicht als erheblich erklären, respektive ablehnen.

Beschluss:

Das dringliche Postulat der Grüne-Fraktion mit dem Titel "sichere Velowegverbindung zwischen Migros- und Rubigenkreisel" wird als erheblich erklärt.

Postulat der Grüne-Fraktion mit dem Titel "Einbezug der Bevölkerung beim Projekt 'Sanierung Wislepark'"

Sitzung Nr. 433	Datum 23.06.2025	Traktandum 10	Beschlussnummer 2025/28-31	Geschäftsnummer 39493	Archivnummer 10/10/11
--------------------	---------------------	------------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------

"Der Gemeinderat wird eingeladen zu prüfen, in welcher Form die Bevölkerung in das Projekt "Sanierung Wislepark" miteinbezogen werden kann. Insbesondere soll aufgezeigt werden, wie Bedürfnisse, Anregungen und Wünsche der Bevölkerung im Planungsprozess angemessen berücksichtigt werden können. Begründung: Die geplante Sanierung des Wisleparcs umfasst weitreichende bauliche und funktionale Veränderungen beim Schwimmbad, der Eisbahn und der Gastronomie. Diese Anlagen sind für viele Worber:innen wichtige Freizeit- und Begegnungsorte und prägen die Lebensqualität in unserer Gemeinde wesentlich mit. Wir begrüßen, dass eine Spezialkommission mit Vertretungen aus verschiedenen Parteien und Interessengruppen an der Ausarbeitung der Projektvarianten beteiligt ist. Ergänzend dazu soll auch der direkte Dialog mit der Bevölkerung ermöglicht werden, zum Beispiel in Form eines öffentlichen Mitwirkungsverfahrens, partizipativer Workshops oder einer Online-Konsultation. Voraussichtlich wird das Projekt mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden sein. Um die gesellschaftliche Akzeptanz und die langfristige Nutzung sicherzustellen, soll das favorisierte Projekt öffentlich vorgestellt werden. Dabei soll die Bevölkerung die Möglichkeit erhalten, Rückmeldungen, Anregungen und Bedenken einzubringen. Ein solch offener Planungsprozess ist nicht nur ein Zeichen von Transparenz und demokratischer Kultur, sondern auch eine Chance, die vielfältigen Bedürfnisse und Ideen aus der Bevölkerung frühzeitig in die Planung miteinzubeziehen und damit die Grundlage für ein breites, langfristiges Engagement und die Identifikation mit dem Wislepark zu schaffen."

Interpellation der SP-Fraktion mit dem Titel "Häusliche Gewalt in Worb: Nimmt die Gemeinde ihre Verantwortung wahr?"

Sitzung Nr. 433	Datum 23.06.2025	Traktandum 11	Beschlussnummer 2025/28-32	Geschäftsnummer 39494	Archivnummer 41/90
--------------------	---------------------	------------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

"Nachdem die Anzahl Fälle von häuslicher Gewalt im Kanton Bern im Jahr 2022 noch deutlich zurückgegangen sind, nahmen sie in den Jahren 2023 und 2024 rasant zu. 71% der polizeilich registrierten Gewaltbetroffenen waren weiblichen, 29% männlichen Geschlechts. Auch Kinder können direkt oder indirekt Opfer von häuslicher Gewalt werden. Viele Fälle häuslicher Gewalt werden behördlich gar nicht registriert, weshalb von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen wird. Auch im Jahr 2025 scheint sich dieser Trend fortzusetzen: Insgesamt wurden seit Januar bereits 18 Frauen und Mädchen mutmasslich durch ihren Partner, Ex-Partner, Bruder, Sohn oder Vater getötet. Dies sind mehr als doppelt so viele mutmassliche Fälle, wie sie noch 2024 im gleichen Zeitraum

stattfinden. Häusliche Gewalt kommt in allen gesellschaftlichen Kreisen vor und macht auch vor der Gemeinde Worb nicht halt. Die Gemeinde trägt eine Mitverantwortung, wenn es darum geht, Präventionsarbeit und Opferhilfe sichtbar zu machen und mitzutragen. Ende 2024 trug die Gemeinde Worb in diesem Sinne begrüssenswerterweise eine Plakatkampagne gegen häusliche Gewalt mit. Leider reichen solche einmaligen Schritte nicht aus, um dem besorgniserregenden Trend der Zunahme von häuslicher Gewalt entgegenzuwirken. Aus den obenstehenden Gründen wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Sind durch die Gemeinde seit der Plakatkampagne weitere Schritte zur Sichtbarmachung oder Bekämpfung häuslicher Gewalt oder zur Förderung von Präventions- und Opferschutzprogrammen erfolgt oder befinden sich solche in Planung?
2. Falls ja: Strebt die Gemeinde insbesondere die Zusammenarbeit mit Worber Vereinen wie beispielsweise Sportvereinen, der Jugendarbeit, dem Frauenverein, oder auch Arztpraxen und Schulen an, um Opfer von häuslicher Gewalt besser erreichen zu können?
3. Steht die Gemeinde bezüglich des Themas häusliche Gewalt in irgendeiner Form im Austausch mit Vereinen, Arztpraxen und/oder Schulen auf der einen und Organisationen zu Prävention und Opferhilfe auf der anderen Seite?
4. Wird das Thema häusliche Gewalt bei der Machbarkeitsstudie zu einem Familienzentrum miteinbezogen?
5. Über welche Informationskanäle kann die Gemeinde Informationen zu häuslicher Gewalt inklusive der Kontaktdaten von Anlaufstellen bereitstellen und inwiefern wird dies bereits getan?"

Einfache Anfrage der SP-Fraktion mit dem Titel "Entwicklung in Rüfenacht - Umgang mit dem Bevölkerungswachstum"

Sitzung Nr. 433	Datum 23.06.2025	Traktandum 12	Beschlussnummer 2025/28-33	Geschäftsnummer 39495	Archivnummer 31/0/5
--------------------	---------------------	------------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

"In den kommenden Jahren sind in Rüfenacht mehrere grössere Bauvorhaben geplant bzw. bereits im Bau. Dadurch wird eine erhebliche Anzahl neuer Wohnungen entstehen, was kurzfristig zu einem deutlichen Anstieg der Wohnbevölkerung führen dürfte. In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hat sich die Gemeinde in die Planung dieser Bauvorhaben eingebracht? Wurden dabei Auflagen z.B. in Bezug auf eine sinnvolle innere Verdichtung gemacht? Falls nicht, weshalb wurde darauf verzichtet?
2. Wie beabsichtigt die Gemeinde, auf das zu erwartende Bevölkerungswachstum zu reagieren? Sind spezifische Massnahmen geplant, insbesondere im Hinblick auf:
 - Schulraumplanung (Primarschule, Kindergarten, Tagesstruktur)
 - Parkplatzsituation
 - Verkehrsführung und -belastung
3. Welche Massnahmen wurden bereits ergriffen in Bezug auf:
 - Förderung des gemeinnützigen oder bezahlbaren Wohnraums
 - Integration der neuen Wohnbevölkerung
 - Schaffung von Arbeitsplätzen und Förderung von Handel und Gewerbe(z.B. Apotheke, Gastronomie, Nahversorgung)
 - Begrünung, Beschattung und Gestaltung des öffentlichen Raums
4. Wie stellt die Gemeinde sicher, dass die bauliche Entwicklung mit der sozialen und ökologischen Entwicklung Schritt hält? Gibt es Überlegungen oder Projekte zur Förderung von Biodiversität, Energieeffizienz oder zur Vermeidung von Hitzespots?
5. Inwiefern wird die Bevölkerung in diesen Entwicklungsprozess einbezogen? Ist eine regelmässige Information oder Partizipation geplant, z.B. über Quartierveranstaltungen, Mitwirkungsverfahren oder digitale Plattformen?"

Stephan Zingg
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 8. September 2025

Jürg Bigler
Sekretär